Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 6 (1977)

Heft: 7-8

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

6. Jahrgang Nr. 7/8
5. Juli 1977
Kiosk Fr. 1.50

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion: Ruedi Küng, B. D. Niebuhr, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00

Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 75 30

Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Schweigen für die Heimat
N. Meienberg
zum Fall Jeanmaire *Seite 2*

Die Angst der Bänkler
Interne Richtlinien einer Grossbank zum Schutz gegen Terroranschläge *Seite 2*

Der Sozialismus kann nicht aufgepfropft werden
«konzept»-Gespräch mit PdA-Präsident Jean Vincent *Seite 3*

Lehrstück im Schatten des Kühlturms
Der Fall Gösgen *Seite 5*

Sozialwerk oder Renten-Geschäft?
Die umstrittene 2. Säule (2. Teil) *Seite 7*

Abhängige Illusionsfabriken
Medien in der dritten Welt *Seite 9*

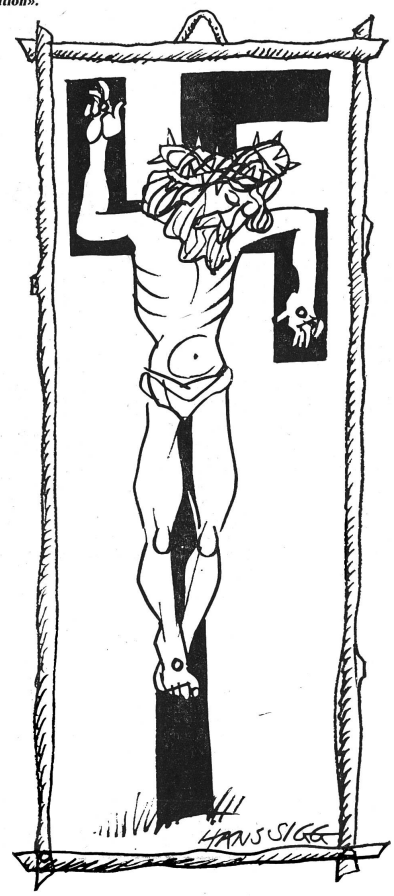
Der braune Heilige Geist der Rechtgläubigen

Dass Erzbischof M. Lefebvre die katholische Kirche spaltet, ist ein Problem, welches die Katholiken interessieren muss. Aber der Boden, auf dem sein Denken wächst, ist zu gefährlich, als dass man darüber hinwegsehen könnte. Nach Lefebvre ist «das Recht auf Religionsfreiheit gotteslästerlich», die heutigen Formen der Kirche sind «Bastardriten» und entstammen der «ehebrecherischen Vereinigung der Kirche mit der Revolution».

Wer derart rechts steht, sieht im Liberalismus die Revolution: so bewundert Lefebvre denn auch faschistische Staaten, er bewundert Franco und Salazar. «Die Kirche hat eine bestimmte Vorstellung von einer idealen Regierung: viel Autorität, Ordnung und Disziplin. Und wenn sich so eine Regierung in einem Land wie Argentinien bildet, kann man doch hoffen, dass es Frieden, Ruhe und Fortschritt geben wird.» Das gelte auch für Chile, meinte er und fordert einen «Kreuzzug gegen den Kommunismus».

Das Geld fliesst dieser christlich untermauerten «Rechtspartei» von einschlägigen Organisationen zu, Verbindungen bestehen neben Lateinamerika auch mit der Schweiz. («Una voce helvetica», Gründungsmitglied James Schwarzenbach; «Sammlung glaubenstreuer Katholiken»), in Frankreich zur rechtsextremen «action française», in Italien zur faschistischen Gruppe «Democrazia Nazionale».

Sie sind zum Teil nicht zimperlich, die Frömmler des Erzbischofs: In Paris beispielsweise stürmten in graue Militärmäntel gehüllte junge Männer unter Führung eines Ecône-Seminaristen die Kirche St. Merry und zerstörten Kirchenschmuck.



Die aufgedrängte Sterilisation

Frauen, die unter den heutigen Umständen eine Schwangerschaft unterbrechen wollen, müssen meist allerhand auf sich nehmen an Widerwärtigkeiten und Demütigungen. Eine der empörendsten davon – wie alle andern durch Männer ausgedacht und praktiziert – ist der tatsächliche oder vermeintliche Druck, mit der Abtreibung gleich auch eine Sterilisation akzeptieren zu müssen. Aufgrund eines Falles im Film «Lieber Herr Doktor» sind ANNETTE FREI und BEAT SCHWEINGRUBER dieser Problematik nachgegangen. – Es handelt sich bei diesem Bericht um den erstmaligen Versuch einer Art Ko-Produktion zwischen dem «konzept» und der «LeserZeitung». In der nächsten Ausgabe werden einige weitere Aspekte beleuchtet.

Wenn einer ohne Sicherheitsbindung skifährt und dabei das Bein bricht, erwartet kein Mensch von ihm, dass er sich den Fuss abnehmen lässt, nur damit er ja nie mehr beim Skifahren ein Bein brechen kann. Wenn aber eine Frau mit einer unerwünschten Schwangerschaft in eine Klinik kommt, kann es ihr sehr wohl passieren, dass sie sich ihre Abtreibung mit einer Sterlilisation erkaufen muss.

Vor die nackte Wahl gestellt

Im Film «Lieber Herr Doktor»* schildert eine Frau dieses empörende Schicksal:

Franziska Bucher (Name geändert), 27, Arbeiterin, verheiratet, 1 Kind, ist wieder schwanger. Unerwünscht. Weil sie kein Geld für einen teuren Arzt hat, kommt sie in die Frauenklinik Zürich. Sie kann kein zweites Kind gebrauchen, *jetzt* nicht. Die Beziehung zu ihrem Mann ist schlecht, zerrüttet, wie man sagt. Trotzdem wird Franziska Bucher, nachdem durch alle Untersuchungen und Wartefristen soviel Zeit verstrichen ist, dass keine andere Möglichkeit mehr besteht, vor die nackte Wahl gestellt: Entweder Schwangerschaftsabbruch mit gleichzeitiger Sterilisation, oder dann eben kein Abbruch. «Wenn Sie heute nicht fähig sind, ein Kind zu haben, dann werden Sie auch später nicht fähig sein», sagt ihr der Chefarzt. Dies, nachdem durch alle Untersuchungen und Wartefristen soviel Zeit verstrichen ist (3–4 Wochen!), dass keine andere Möglichkeit mehr besteht. Unter dem Zwang der Verhältnisse willigt Franziska in die Sterilisation ein, entgegen ihrem eigenen Willen. (Vgl. den Erlebnisbericht im grossen Kasten.)

Ein Einzelfall?

Dieser Fall einer aufgenötigten Sterilisation liegt sechs Jahre zurück. War es ein skandalöser Einzelfall? Eine einmalige Fehlleistung? Oder ein Fall unter vielen? Wird das heute noch praktiziert?

Wir haben rund 20 Personen befragt, die mit der Zürcher Frauenklinik zu tun haben oder hatten, von Praktikanten über Psychiater und Hebammen bis zum Oberarzt und Chefarzt. Die Aussagen gehen – in dieser Reihenfolge – auseinander, aber im Ganzen ergibt sich doch ein recht eindeutiges und erschreckendes Bild.

«. . . nur noch eine definitive Lösung»

Ein Medizinstudent, der 1975 auf der Frauenklinik im Praktikum war, erklärt: «In den Fortbildungskursen für uns Unterassistenten wurde uns das quasi als ‹Hausregel› beigebracht: Wenn eine Frau zum 2. oder 3. Mal zur Abtreibung kommt und schon Kinder hat, dann wird die Sterilisation zur Bedingung gemacht.» Es sei allerdings auch schon beim ersten Mal vorgekommen.

Ein anderer Student, der im selben Jahr sein Praktikum gemacht hat, ist sicher, dass in dieser Zeit mindestens eine Frau ihre Abtreibung nur mit gleichzeitiger Unterbindung erhielt. Sie sei etwa 25 gewesen, ledig, ohne Kinder, aber es sei die 2. Abtreibung gewesen. «Beim Kaffee haben die Ärzte gesagt, bei der machen wir nur noch eine definitive Lösung; wir wollen nicht, dass die noch ein drittes Mal kommt.»

Ein Arzt an der Frauenklinik erinnert sich an eine 43jährige Frau mit zwei grösseren Kindern. «Da hiess es am Rapport: ‹Die interrumpieren wir nur, wenn sie sich sterilisieren lässt.› Es gibt gewisse Regeln, so von zwei Kindern an aufwärts und über 30, aber die Regeln sind nicht so starr. Es kommt immer auf den Abteilungsarzt an. Doch letztlich entscheidet der Chefarzt über jeden Schwangerschaftsabbruch, mit seiner formellen Unterschrift zumindest.»

Der Chefarzt: «Niemals gegen den Willen»

Chefarzt der Frauenklinik ist *Prof. Werner Schreiner*, wohnhaft in Zollikon. Er hält fest: «Aus der jahrzehntelangen Erfahrung mit der Problematik der Eileiter-Unterbindung haben sich an der Zürcher Frauenklinik ‹Hausregeln› herauskristallisiert, die als Richtlinien bei der Beratung dienen. Dabei gilt als oberster Grundsatz, dass die Unterbindung niemals gegen den Willen der betroffenen Frau, auch nicht gegen den Willen einer geisteskranken oder bevormundeten Patientin durchgeführt werden darf. Eine zwangsweise Unterbindung in irgendeiner Form wird strikte abgelehnt.»

Niemals gegen den Willen der Frau, also. Damit hat der Herr Professor sicher recht, wenigstens formal. Denn jede der sterilisierten Frauen hat ihre Unterschrift dazu gegeben. Eigenhändig. Aber auch eigenwillig? Aus eigenem Antrieb, oder unter Druck?

Der Oberarzt: «Manchmal drängt sich eine Sterilisation auf»

«Früher hatten wir schon auch konservativere Leute, Assistenzärzte, die vielleicht Druck ausgeübt haben. Heute kommt das kaum mehr vor.» Das sagt ein Oberarzt, Paul Morf. «Aber sehen Sie, in gewissen Fällen ist eine ‹Ster› (eine Sterilisation) eben begründet.

Wir haben Frauen, die kommen alle zwei, drei Jahre und wollen eine Abtreibung. Der Wille zur Antikonzeption, zur Empfängnisverhütung, ist wahnsinnig klein. Da gibt es Frauen, denen müssen wir die Pille beinahe nachwerfen. Oder nehmen wir eine Frau mit 35, die zwei, drei Kinder hat, nun ist sie wieder schwanger: Wenn die jetzt eine Abtreibung und nicht auch gleichzeitig einen Ster will, dann fallen doch ihre Argumente für die Abtreibung dahin. Wenn die Verhältnisse so sind, dass sie jetzt kein weiteres Kind brauchen kann, dann kann sie doch auch in fünf Jahren keines brauchen. Sonst ist sie unglaubwürdig. Wir müssen uns an die Gesetze halten, die lassen in Gottes Namen nur die medizinische und psychische Indikation zu. Nur weil eine das Studium nicht unterbrechen will, oder noch eine Weltreise machen, das gilt nicht. Und ökonomisch ist heutzutage ja wirklich niemand so schlecht dran, dass ein zusätzliches Kind nicht zu verkraften wäre.»

Gibt es Richtlinien dafür, wann ein «Ster» angebracht erscheint oder nicht?

«Nein, Richtlinien gibt es nicht. Da muss man jeden einzelnen Fall anschauen. Und in gewissen Fällen drängt sich ein Ster halt einfach auf, dann muss man das den Frauen klarmachen. Wenn nun ein Assistenzarzt etwas hart auftritt, kann es schon vorkommen, dass die Frau sich dazu genötigt vorkommt. Sie steht ja schon unter dem Druck, dass sie ihren Foet loswerden muss.»

Die Frauen werden überrumpelt

Man merkt dem Oberarzt eine gewisse Abgebrühtheit an, seine Sprache ist unzimperlich. Er sagt etwa: «Wenn eine mit 27 zum dritten oder vierten Mal kommt, dann drängen wir halt schon darauf, dass wir diese Tube einmal durchtrennen.» Mit «dieser Tube» meint er den Eileiter. Von den Patientinnen der Frauenklinik spricht er mit der Überheblichkeit der arrivierten Arztes über eine Volksschicht weit unter ihm. Wie ein Fabrikdirektor über die miese Belegschaft. Mit den Fällen, in denen sich eine sogenannte «Tubentrennung» aufdrängt, meint er auch Fremdarbeiterinnen mit vier und fünf Kindern.

Es werde tatsächlich eine Art sanfter Zwang auf die Frauen ausgeübt, meint auch einer der Praktikanten. Dazu würden die Frauen schlecht informiert. «Die Frauen haben Schiss, Angst vor ihrer Schwangerschaft, Angst vor dem Arztkittel. Es sind vor allem Unterschichtfrauen. Der Arzt sagt ihnen, dass sie dann auch noch gleich sterilisiert werden, und die Frauen willigen häufig ein, ohne sich über die Folgen dieses Schrittes wirklich im klaren zu sein. Das läuft vor allem bei älteren Italienerinnen so. Die Frauen sind bedrückt, verzweifelt oft, wenn sie da hinauf kommen, unfähig, das Problem zu erkennen und zu entscheiden, und werden überrumpelt. Ihre grösste Sorge ist, wie werde ich das Kind los.»

Oder der Assistenzarzt: «Ein gewisser Druck wird etwa ausgeübt, indem man der Frau, ehe sie zum Psychiater geht, sagt, dass sie dort mehr Chancen für ein positives Gutachten hat, wenn sie in einen Ster einwilligt.»

Im Klartext: Mit dem ausgestreckten Sterilisationswunsch kann sich die Frau leichter ein positives Gutachten erbetteln?

Der Psychiater: Kein offener Zwang mehr, aber versteckter»

«Ich glaube das nicht direkt», sagt Ralf Binswanger, Oberarzt an der Psychiatrischen Poliklinik, welche die Gutachten für die Frauenklinik erstellt. «Aber ich kann mir gut vorstellen, dass das gesagt wird. Zwangssituationen wie die von Franziska Bucher im Film waren bis vor einigen Jahren mitunter üblich. Das ist ganz klare Erpressung! In den letzten 2–3 Jahren ist das aber meines Wissens nicht mehr vorgekommen. Heute wird kein ausdrücklicher Zwang mehr angewendet. Das heisst aber nicht, dass damit auch der versteckte Zwang verschwunden ist.»

Dass es Zwangssituationen gibt oder gegeben hat, wird von Chefarzt Schreiner kategorisch bestritten. «Wir wenden keinen Zwang an. Es ist auch noch nie eine Patientin unverrichteter Dinge nach Hause geschickt worden, nur weil sie eine Unterbindung abgelehnt hat.» Ob es denn nicht vorkommen könne, dass eine Frau vor die klare Alternative gestellt werde, entweder oder? «Nein, da werden Sir mir keinen einzigen Fall nennen können.»

Wir nennen den Fall Franziska Bucher, die öffentlich, vor der Kamera, diese Situation beschreibt und heute noch dazu steht. «Man muss diesen Fall dann schon genau ansehen, bevor man das sagen kann. Muss man denn wirklich jetzt einen Einzelfall derart hochspielen?»

Wohlverwahrte Krankengeschichte

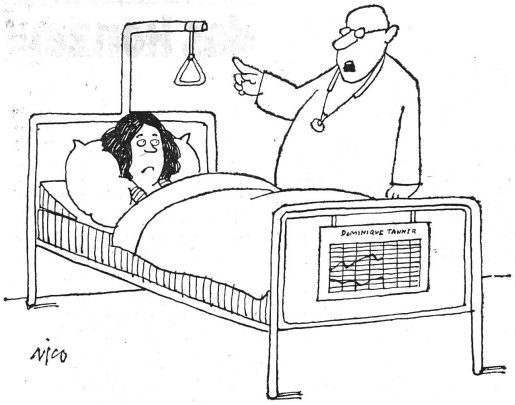
Wer den Fall genau ansehen will, muss sich zu Schreiner persönlich bemühen. Er hat nämlich die Krankengeschichte Franziska Buchers aus dem allgemein zugänglichen Schrank heraus auf sein Büro genommen. «Sie ist nicht unter Verschluss, sie ist einfach bei mir. Jedermann, der unter der ärztlichen Schweigepflicht steht, kann sie bei mir ansehen.» Davor braucht der Chefarzt allerdings keine grosse Angst zu haben. Niemand will zeigen, dass er sich zu stark dafür interessiert. Denn als der Fall durch eine winzige Pressenotiz kurz nach der Filmpremiere bekannt wurde, war in der Chefetage der Teufel los.

Schreiner will nie direkt mit Franziska zu tun gehabt haben, nie mit ihr gesprochen haben. Immerhin trug er damals schon die Verantwortung für die Klinik. «Es ist bedauerlich und schwer verständlich, dass die erwähnte Patientin in den Jahren, die seit dem angeschuldigten Eingriff verstrichen sind, nie den Weg zum notwendigen Gespräch mit einem Arzt gesucht hat.» Ja, ist es tatsächlich so unverständlich für einen Chefarzt, dass die Arbeiterin Franziska, die kaum genug Zeit für ihr eines Kind aufbringen kann, die Sache dann halt ruhen lässt? Für sie kann sich ja doch nichts mehr ändern. Oder hätte sie vielleicht gegen den Chefarzt einen Prozess anstrengen sollen? Einkommensklasse 15 000 bis 20 000 gegen Einkommensklasse 150 000 bis 200 000?

Hauspolitik in Winterthur

Nach dem Psychiater Binswanger wäre es aber falsch, in der Frage der aufgenötigten Sterilisationen auf die Frauenklinik Zürich loszugehen. Dort sei die Praxis relativ locker. «Aber von andern Spitälern, auch im Kanton Zürich, weiss man, dass das heute noch

Fortsetzung auf Seite 8



»ZU SPÄT, JUNGE FRAU. ICH HABE SIE WÄHREND DER NARKOSE GEFRAGT, OB SIE KEINE STERILISATION WÜNSCHEN...«

Keinen heissen August . . .

. . . aber einen heissen September, das garantiert «das konzept». Im August erscheint kein «konzept». Um so heisser arbeitet die Redaktion aber an der Septembernummer, damit es Ihnen im heissen Abstimmungs-September kalt den Rücken hinunterläuft. Ein brisantes und fundiertes September-«konzept» erwartet Sie!

Wenn Sie den untenstehenden Talon einsenden an «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, erhalten Sie «das konzept» im September prompt und unwiderruflich zum Preis von 150 Rappen frei Haus zugestellt.

Ich bestelle . . . Ex. des September-«konzepts» und lege 1.50 Fr. in Briefmarken bei.

Name *Vorname*

Strasse

PLZ, Ort

Prozess Jeanmaire:

Schweigen für die Heimat

Ein gewaltiger Anblick im Lausanner Justizpalast an diesem ersten Prozesstag kurz vor neun, als da ein Brigadier plötzlich auftaucht aus der Versenkung, in der man ihn letztes Jahr hatte verschwinden lassen. Wie der Teufel aus dem Truckli war er plötzlich da, wurde nicht ebenerdig hereingeführt durch eine der sichtbaren Türen, sondern kam von unten heraufgepoppt, zuerst der Goldhut, das Gesicht, dann die Büste, kam fast senkrecht aus der unter dem Gerichtssaal liegenden Zelle hinaufgeschnellt, die Abschrankung der Angeklagtenbox entzog ihn bis zuletzt unseren Blicken, dann war er leibhaftig da, ein freundlicher Kasperle mit putzig grüssender Geste für die Pressemenschen, ein General mit flotten militärischen Führungszeugnissen, aber unbegabter Verräter, nicht der Schläuste. Es gibt ihn also wirklich, er ist kein Gerücht, er sitzt dort mit allen Attributen. Eine prächtig ausgestopfte Uniform.

Jetzt kommt auch Madame hereingeschlurft, am Arm einer Polizeiassistentin. Grau und zivil und traurig, ziemlich krank, ein Anblick, dass Gott erbarm'. Die Gatten sind getrennt durch die Abschrankung.

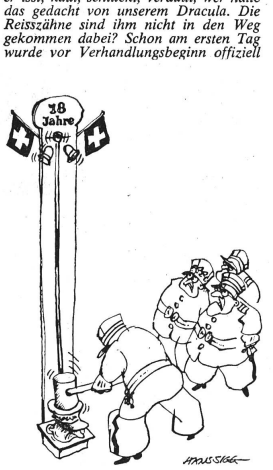
*

Und dann kommt das Gericht Schlag neun. «LE TRIBUNAL!» ruft der Gerichtsdiener, dass es allen kalt den Rükken herunterläuft. Einmarsch der Gladiatoren, auf denen die Augen der Nation nun ruhen werden, vier Tage lang. Da wir in diesem Lande die Gewaltenteilung haben, wird das Gericht in majestätischer Unabhängigkeit entscheiden können. Zwar hat Herr Gnägi schon am Sonntag vor Verhandlungsbeginn dem Journalisten Amstutz vom «Berner Tagblatt» erklärt, der ausgeschlipfte Brigadier müsse mindestens zwölf Jahre bekommen, aber das hat er nur so als Mensch gesagt und nicht als Befehl gemeint, er wird doch auch eine Meinung haben dürfen, rein als Mensch, und das Gericht ist ja dann wirklich seinem Antrag n i c h t gefolgt, sondern hat ihn noch übertroffen. Tüchtiges Gericht.

Der Prozess wurde äusserst korrekt geführt, danke, das hat auch die Verteidigung anerkannt. Maître Courvoisier in seiner rabenhaften, ernstgemeinten Robe sprach und gestikulierte ungemein überzeugend, wenn er auch das Gericht nicht überzeugte. Maître Paschoud war auch ein überlegener Mann. Im Zivilleben vertritt er Leute wie Coco Chanel, er ist der Bruder des bekannten Paschoud, welcher bei der Versicherung Generaldirektor ist. Beste Lausanner Gesellschaft, in welcher Jeanmaire, als er noch in Freiheit lebte, so gern verkehrt hätte. Jetzt ist es ihm, ein bisschen spät, gelungen. Dank den brillanten Anstrengungen der Verteidigung ist es ihm zusätzlich gelungen, mit nur achtzehn Jahren «Käfig» davonzukommen. Er hätte nämlich zwanzig bekommen können.

Gegen das Urteil ist kein Rekurs möglich, wohin kämen wir auch, man kann der Sache substantiell also nicht mehr auf den Grund gehen. Nur Kassation ist noch drin, die Beanstandung eines Formfehlers, welcher den routinierten Richtern aber kaum unterlaufen ist. Das Kassationsgericht wird in ebenso magistraler Unabhängigkeit richten wie das erste Gericht, kein Zweifel, obwohl bereits unser Gewaltentrennungs-Gnägi, wieder in seiner Eigenschaft als Mensch und nicht etwa als Chef der Militärmaschinerie, bekanntgegeben hat, dass ihm der Lausanner Schuldspruch seiner Militärrichter recht wohl behage. Vor und nach dem Urteil hat jeweils Herr Gnägi, als simpler Mensch, aus seinem Herzen keine Bärengrube gemacht. Wie gut, dass dieser einfache Bursche aus dem Volk sich bei uns immer wieder so bäumig äussern darf in strategischen Momenten und seine Stimme dann unbeschnitten in allen Zeitungen kommt.

Und sehr gesund, dass die Presse ausgesperrt blieb von den wirklichen Verhandlungen, nur Anklageverkündung und Urteilsdispositiv waren öffentlich, dafür wurde aber bekannt, was der Brigadier am ersten Tag gegessen hatte in der Mittagspause: Fleischvögel. Ein menschlicher Zug an diesem Jeanmaire, er isst, kaut, schluckt, verdaut, wer hätte das gedacht von unserem Dracula. Die Reisszähne sind ihm nicht in den Weg gekommen dabei? Schon am ersten Tag wurde vor Verhandlungsbeginn offiziell



Aus einem patriotischen Prozess: «Höher, noch höher!»

verlautbart, dass die Urteilsverkündigung drei Tage später am Abend stattfinden werde. Das muss als besonders eindrückliche Leistung unserer Militärrichter taxiert werden: Sie hatten zwar, mit Ausnahme des Grossrichters, vor Beginn der Verhandlungen noch keine Akten gesehen, sie sollten den «gravierendsten Verratsfall in der Schweiz seit dem letzten Krieg» (Furgler in seiner Jeanmaire-Parlamentsrede vom letzten Jahr) behandeln, eine komplexe Materie mit ungezählten Verästelungen, mit der Möglichkeit, dass der Brigadier nicht gestanden hätte, mit juristischen Komplikationen in Sicht – und doch wusste das Gericht schon vor der Verhandlung, wie lange respektive kurz die Sache dauern würde, es nahm die Zukunft voraus. Da hatte vielleicht die Verteidigung ein bisschen im Einvernehmen mit der Anklage gestanden, aber das schadet nichts, und eventuell war auch der Brigadier vorprogrammiert, man hatte ihn unter Umständen bei seiner militärischen Ehre gepackt und sein termingerechtes Geständnis vorher abgekartet, aber nur vielleicht. Jedoch, pardon, der Prozess dauerte dann doch s p o n t a n etwas länger als vorgesehen, die Planzeit wurde tatsächlich um einen halben Tag überschritten, bravo.

Es gebührt also ein besonderes Lob dem Gericht für seinen Entschluss, das Publikum auszusperren. Für den Ruf der Militärjustiz wäre eine öffentliche Darstellung des allzu reibungslosen Prozessablaufs nicht schön gewesen, hätte vielleicht nach Manipulation geschmeckt und gerochen. Da war es günstiger, den saumässig talentierten Hauptmann Giovanoli jeweils abends die Öffentlichkeit tränken zu lassen. Dieser opferbereite Offizier nahm es auf sich, das heisst auf seine fragilen Schultern, alle Schweizer und ausländischen Zeitungen, Radio, Fernsehen usw. beim Prozess zu vertreten, er war der gesegnete Allround-Korrespondent, der als einziger dabei sein durfte. Nachdem er in herrlicher Unabhängigkeit (Gewaltentrennung nicht vergessen!) jeweils abends ganz allein vor Verlassen des Gerichtsgebäudes in seinem Militärkopf entschieden hatte, wieviel Einzelheiten er an der Pressekonferenz erzählen und wie viele er verwedeln wollte (und natürlich hat er vom Grossrichter, geschweige denn vom Gnägi-Departement, diesbezüglich keine Weisungen bekommen, der beschwingte Vertuscher), stürzte sich die Presse dann auf ihn, doch war aus dieser Uniform eigentlich nichts herauszuquetschen, was nicht bereits im wesentlichen durch Furglers Rede vom letzten Jahr bekannt geworden war. Immerhin durfte man ihn anstaunen: Dieser hatte dabeisein dürfen und die schrecklichen Geheimnisse mit eigenen Öhrchen gehört, die der ausgeschlipfte Brigadier den Russen verraten hatte. Giovanoli war ein hocheffizienter Multifilter, der dämpft noch den stärksten Tabak, man wird ihn jetzt auch für Marlboro oder Muratti arbeiten lassen können.

Die Geheimhaltung bietet noch weitere Vorteile. Bei einem öffentlichen Prozess wird ja auch immer ein Teil der Polizeiakten bekannt, man erfährt in Umrissen, wie der Delinquent ins Netz gegangen ist. Hier hätte man erfahren, dass der Brigadier 14 Jahre lang mit russischen Spionen (= Militärattachés) unter einer Decke stecken konnte, ganz ungehindert seine Sachen ausplauderte, obwohl untergeordnete Polizeistellen schon längst vorgeschlagen hatten, den Offizier näher zu überwachen, wobei ihnen jedoch bedeutet worden war: Ein arrivierter Mann wie Jeanmaire könne nicht einfach so kontrolliert werden, als ob er ein vulgärer Agitator sei, dazu brauche es eine Ermächtigung von ganz oben (welche nicht zu erhalten war). Und in einem öffentlichen Prozess wären auch einige schlimme Binsenwahrheiten bestätigt worden: dass der Tip für die Verhaftung des Brigadiers aus einem Nato-Land kam, weil nämlich Jeanmaire als plaudernder Geheimnisträger auch den Nato-Strukturen hätte schaden können, wobei vorausgesetzt ist, dass die Schweizer Generalität doch enger mit der Nato zusammenarbeitet, als das Gnägi-Departement es wahrhaben will. (Diese Zeilen erinnern mich an etwas: Analoge Feststellungen, aufgrund von Recherchen, die ich in der Sendung «Faktenordner» vom letzten Dezember am Schweizer Radio gemacht hatte, bezüglich Schweiz und Nato, wurden mit einer Aufsichtsbeschwerde des Hofer-Klubs belohnt: mit dem Zweifel an der integralen Neutralität der Schweiz werde die «innere und äussere Sicherheit des Landes bedroht», schrieb Herr Güdel vom Hofer-Klub. Die Beschwerde liegt jetzt beim Bundesrat.)

Und noch etwas wäre vielleicht ans Licht gekommen in einem ö f f e n t l i c h e n Prozess: dass die Verrätereien des Brigadiers nicht so fürchterlich schlimm waren, weil das meiste auch sonst zur Kenntnis der Russen (und auch der Amerikaner usw.) gekommen wäre, all die Mobilisierungspläne, altertümlichen Festungsbauten, Bataillonsstandorte usw., lauter Informationen, welche auch durch geduldiges Lesen und Vergleichen der Militärzeitschriften zu haben sind, durch Spazieren im Gelände, durch Kontakt zur Verwaltung. Und weil eventuell für die Russen unsere Landesverteidigung doch nicht so wahnsinnig im Vordergrund steht, nicht ihr Denken total überschattet, jedenfalls weniger, als Herr Gnägi in Bern in seinem SVP-Bett es sich träumt. Und dass Jeanmaire drastisch verurteilt werden musste, weil die O f f i z i e r s e h r e angeknackst war, weil die Armee es sich selbst nicht verziehen hatte, einen derart täppischen Schlucker, einen frustrierten Kleinbürger, der vornehmlich von russischen Militärattachés ernst genommen wurde und deshalb diesen Figuren in brüderlicher Vertrauensseligkeit einiges ausgeplaudert hat, zum General gemacht zu haben.

Weil die Armee nicht sich selbst als Körperschaft verurteilen konnte, muss Jeanmaires Körperlein auf Lebenszeit eingelocht werden. Er muss verschwinden. Er selbst hat nichts zu sagen. Er ist sprachlos. Man kann ihn nicht interviewen. (Weshalb eigentlich nicht? Welches Gesetz verbietet es? Was hätte er zu sagen?) Die Armee ist intakt, das Beförderungssystem nicht in Frage gestellt. Und manches Wesen vom höchst bescheidenen intellekuellen Zuschnitt eines Jeanmaire, manch streberischer und heftig verklemmter hoher Offizier darf weiterhin eine Entfaltung in der Armee erleben, welche das Zivilleben nicht geboten hätte. Niklaus Meienberg

Spots

Auch Europa hat sein erstes Atom-Denkmal. In Schottland musste das 1959 in Betrieb genommene Atomkraftwerk Ende März 77 für immer stillgelegt werden. Nicht wegen eines ärgerlichen Unfalls, sondern infolge ganz normaler Abnützung: Nach etwa 20 Jahren ist ein A-Werk «ausgebrannt», muss abgestellt werden. Das Reaktorgehäuse darf aber nicht abgerissen werden, da die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung zu gross ist, auf unbestimmte Zeit zu gross.

*

Die Genfer Gewerkschaftsunion hat eine Petition mit 5000 Unterschriften eingereicht, in der sie einen besseren Schutz der schwangeren Berufstätigen fordert. Das Wirtschaftswunderland steht punkto Lebensstandard zwar an dritter Stelle der internationalen Rangliste, was aber den Schutz der schwangeren Arbeitnehmerinnen anbetrifft, hinken wir hinter allen europäischen Staaten nach. Die Französinnen haben Anrecht auf 14 Wochen Mutterschaftsurlaub, die Engländerinnen auf 18, die Italienerinnen auf 24, und die Ungarinnen auf 20 Wochen bei 90 bis 100% Lohnentschädigung. – In der Schweiz werden den Berufstätigen ganze 8 Wochen Mutterschaftsurlaub zugestanden.

*

«Die Aufseher rissen mir die Kleider vom Leibe, zogen und schlitzten daran herum, zerschnitten meine Schuhe und fanden, was sie suchten – nichts . . . Dann traf ein Kommando der Kantonspolizei ein. Ich wurde nun von Maschinenpistolen bedroht und in Fesseln nach oben geschleift. Vor dem Wagen wurde ich von hinten gestossen und stürzte.»

Was war wohl der Grund für diesen neuesten Fall von Gefangenenmisshandlung in Regensdorf. Die neueste Nummer des «Schwarzpeter» gibt Auskunft: Die Gefangenen erfrechten sich bei der Direktion, eine Bewilligung für eine Petitionsaktion zugunsten der Frauen von Hindelbank zu beantragen.

Wer hat da Schiss?

Die Schweizerische Bankiervereinigung gibt für einschlägige Kreise der Wirtschaftsoberwelt ein Merkblatt heraus, welches zur *«Erhöhung des Eigenschutzes vor Attentaten und Entführungen»* dienen soll. Das streng vertrauliche Papierchen wurde von der Stadtpolizei Zürich verfasst und richtet sich an *«Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens»*: Wir finden allerdings, dass die darin enthaltenen Weisheiten auch unserem geschätzten und hoffentlich nicht allzusehr bedrohten Leserpublikum zugute kommen sollten.

«Wachsamkeit» ist das A und O der Sicherheit. Schlafende Persönlichkeiten sind leicht wegzutragen. *«Die elementarste Sicherheitsmassnahme besteht demnach in erhöhter Wachsamkeit.»*

«Verschwiegenheit.» *«Vermeiden Sie Äusserungen über Ihr Tagesprogramm.»* Vermeiden Sie insbesondere mitzuteilen, an welcher Stanzmaschine Sie von sieben Uhr morgens bis fünf Uhr abends arbeiten werden, in welcher Kantine Sie Ihre Mahlzeit zu sich nehmen und mit welcher Tramlinie Sie zur und von der Arbeit fahren.

«Besonderes.» *«Halten Sie offene Fenster unter Kontrolle.»* Wenn nötig, stellen Sie den Fernsehapparat ins Fenster. *«Lässt sich ein Öffnen der Türe nicht vermeiden, so tun Sie dies nur bei eingehängter Sicherheitskette oder Türsperre.»* Falls es sich um Ihre Frau oder Ihren Mann handelt, welcher eintreten will, so vergewissern Sie sich, dass Ihre Freundin (Ihr Freund) das Haus bereits über das «Hanfseil» (siehe weiter unten) verlassen hat. *«Geeignet ist das Halten eines Hundes.»* Bevorzugt werden Schäferrüden. Sie sichern sich dadurch ein wohliges Nachbarschaftklima.

«Je nach den örtlichen Verhältnissen sind Fluchtmöglichkeiten via Fenster vorzusehen (Mini-Retter, Hanftau usw.).»

«Überprüfen Sie neue Mieter oder Untermieter.» Die Fluggesellschaften werden Sie gerne beraten in Fragen von Durchsichtgeräten zum Prüfen auf Waffen und andere Metallgegenstände. Legen Sie am besten eine genaue Kartei ihrer Mieter an, falls dies nicht schon andere für Sie tun (wir geben Ihnen gerne die einschlägigen Adressen bekannt, die Red.).

«Üben Sie besondere Vorsicht gegenüber Besuchern, die voluminöse Aktentaschen, Pakete oder Koffer mit sich tragen.» Es gibt heutzutage eine Menge Leute, welche vornehmlich aus südlichen Ländern kommen, deren Koffer verdächtig bauchig und schwer sind: Es könnte sich dabei um Waffenschmuggel handeln. (Verwenden Sie für Ihre Waffenlieferungen an afrikanische und asiatische Regierungen vorzugsweise die praktischen Holzkisten!)

In Sachen «Ortsveränderungen» können wir Sie mit einer erfreulichen Massnahme beraten: *«Gehen Sie möglichst wenig allc'ne aus!»* Und falls Ihr(e) Gemahl(in) von Migräne geplagt sein sollte, fragen Sie doch mal Ihre(n) Sekretär(in), vielleicht wollte er Sie schon immer kennenlernen . . .

In Motorfahrzeugen: *«Nicht anhalten, wenn Unbekannte Zeichen geben.»* Sollte es sich um einen unbekannten Polizisten handeln, dann sind entweder Ihre Verbindungen mit der Polizei noch nicht ausreichend, oder es handelt sich um einen Verkleideten. *«Halten Sie sich von Unfallorten fern.»* Sollte Ihr eigener Wagen (samt Familie) daselbst zugrunde gegangen sein, rufen Sie ein Taxi, aber Achtung: *«Benützen Sie nach Möglichkeit keine Taxis, die nicht an gekennzeichneten Standplätzen warten.»* Im übrigen gilt: «Erhöhte Wachsamkeit» geht christlicher Nächstenhilfe vor.

«Verriegeln Sie Türen und Fenster» des Wagens. Falls es zu heiss werden sollte, ziehen Sie sich besser aus (Vorhänge zuziehen). Dasselbe gilt für Mitfahrer(innen). Haben Sie immer noch keine Klimaanlage? Ihr Geschäftspartner hat bestimmt schon eine!

«Es empfiehlt sich zu kontrollieren, ob im Innern und auf der Unterseite Ihres Fahrzeuges verdächtige Gegenstände, Drähte oder Schnüre vorhanden sind.» Reissen Sie lieber etwas zuviel von diesem Gewirr weg. (Wenn Sie zuviel weggerissen haben und das Licht nicht mehr geht, hat es sich allerdings um die elektrische Verkabelung gehandelt. Dasselbe, wenn die Bremsen nicht mehr funktionieren: Da haben Sie wohl die Bremsleitung erwischt.)

«Je nach Gefahrenlage ist es ratsam, Weg und Zeiten für Fahrten an den Arbeitsplatz zu wechseln.» Kommen Sie doch mal erst um elf ins Büro, mal um zehn. Das tut gut, da können Sie richtig ausschlafen. (Dieser Punkt gilt besonders für Arbeiter und Angestellte!)

«Bei Reisen in fremde Länder . . . erfragen Sie die behördlichen Bestimmungen für die Beanspruchung von Schutzdiensten.» Im weiteren ist zu bemerken, dass viele Länder heute über ausserordentlich wirksame Sicherheitsdienste verfügen, und wir denken nicht nur an FBI oder CIA; auch Argentinien, Brasilien, Chile, um nur wenige zu nennen, haben gute solche.

Zum Schluss: *«Besprechen Sie sich im vertrauten Familienkreis»* (Achtung: Was studieren Sohn und Tochter?) *«oder im engen Mitarbeiterstab über allfällige Massnahmen. So kann beispielsweise ein Entführter mit vor der Tat eingeübten und verabredeten Geheimzeichen in der Korrespondenz oder mit Codewörtern bei Telefongesprächen interessante Feststellungen und Angaben über sich und die Täter signalisieren.»* Denken Sie daran, dass es besser ist, mit Ihren Familienangehörigen in Morsezeichen zu verkehren, als einen wichtigen Geschäftspartner im Iran oder in Chile zu verlieren.

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Dokumente der Weltrevolution

Von 1966 bis 1976 nahmen einige Schweizer ein ehrgeiziges Projekt in Angriff: in der politischen Diskussion um Sozialismus und Kommunismus mit wesentlichen Texten Grundlage zu bieten. In den sechziger Jahren könnte man dafür auch noch Interessenten gewinnen, einen wissenschaftlichen Beirat mit Namen wie Iring Fetscher, Bochenski, aber auch Finanzquellen wie die Pro Patria, den Migros-Genossenschaftsbund und die Schweizerische Wirtschaftsförderung sowie einzelne Kantone und Personen. Sechs Bände sind bis heute erschienen (und aus finanziellen Gründen musste nun das Unternehmen gestoppt werden); sie enthalten alle Texte von sogenannten «klassischen» Autoren, welche sonst oft nur schwer aufzufinden sind. «Die frühen Sozialisten», «Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur», «Die Linke gegen die Parteiherrschaft», «Der Anarchismus», «Die Technik der Macht» und «Religiöse Sozialisten» heissen die Titel der sechs Bände. Die Titel zeigen, dass sich dahinter eine kritische Haltung zum sogenannten «orthodoxen Marxismus» verbirgt, auch zeugen die Geldgeber und das Patronat – worunter Namen wie P. Eisenring (Nationalrat, FDP), A. W. Jann (Verwaltungsratspräsident Nestlé) – sicher nicht für sozialismusfreundliche Gesinnung. Da sich jedoch die Edition auf Texte älterer Autoren abstützt (die allerdings jeweils mit Einleitungen versehen sind) und weil ein wissenschaftlicher Apparat beigegeben ist, können sie dem Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus doch erheblich dienen.

Das Unternehmen hat 400 000 Fr. gekostet, der Erfolg allerdings blieb für den Walter-Verlag, welcher die Editionsrechte und Verkaufsrechte übernahm, aus. Einmal befand der Nationalfonds das Unternehmen für nicht wissenschaftlich, doch dürfte dies eher auf den Titel der Reihe zurückzuführen sein (Dokumente der Weltrevolution), zum anderen aber blieb ein anhaltendes Interesse der politisch damals noch aktiveren Jugend aus: Die Kommunisten und Sozialisten sahen darin ein Werk des Antikommunismus, die anderen hatten für die Auseinandersetzung zuwenig Interesse. Für die heutige Diskussion innerhalb des Marxismus dürften aber die Bände 2 und 3 (die auch im Verlag dtv als Taschenbuch erschienen sind) einige wichtige Texte enthalten: zu Fragen der parteiinternen Demokratie und zu Fragen der Räte und der Arbeiterdemokratie (pro Band zwischen 30 Fr. und 50 Fr.).

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Ruedi Küng, Rolf Nef, Bernd Dieter Niebuhr, Beat Schweingruber.
Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Grafische Gestaltung: Arthur Doppmann

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235
1-sp-mm-Zeile – .62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 9: 23. 8. 77
Inseratenschluss Nr. 9: 30. 8. 77

Interview mit PdA-Präsident Jean Vincent

«Die Breite der Diskussion hängt von der Stärke der Partei ab»

Über die Partei der Arbeit der Schweiz weiss man nicht viel: Die Massenmedien berichten kaum über ihre Aktivitäten, und wenn sie es tun, liegt fast immer ein Schleier von Antikommunismus darüber. Ansichten der Partei über aktuelle Probleme aus dem Munde eines ihrer prominenten Vertreter zu hören, das scheint ein besserer Weg zu sein. Das Gespräch, welches wir mit Jean Vincent führten, eröffnete denn auch Neues: Wie steht diese Partei zu ihrer relativen Schwäche, wie sieht sie das Problem der Demokratie, auch innerhalb der Partei selbst, wie hält sie es mit den Intellektuellen? Das offene Gespräch entwirft nicht ein Bild aller Aktivitäten dieser Partei: Vielmehr ruft es Ansichten zu brisanten Fragen hervor, welche im Mund der kalten Krieger bloss Beschimpfungen sind.

Ruedi Küng

das konzept: Welches sind die Gründe dafür, dass die Partei der Arbeit (PdA) in der deutschen Schweiz schwächer ist als in der Westschweiz oder im Tessin?

Jean Vincent: Ich werde Ihnen zuerst sagen, welches *nicht* die Gründe sind. Es ist nicht die Nachbarschaft, nicht jene Frankreichs in der Westschweiz und jene der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschschweiz. Es ist nicht die Stärke der Union de la gauche, des Programme commun, welche Einfluss auf die Westschweiz ausübt. Solche Überlegungen entsprechen nicht der Wirklichkeit. Vielmehr gibt es zwei hauptsächliche Gründe: Der erste liegt darin, dass 1936 in der französischen und romanischen Schweiz die Vereinigung von Kommunisten und Sozialisten viel breiter und viel schneller zustande kam als in der Deutschschweiz. 1936, bevor die Kommunistische Partei der Schweiz verboten wurde, waren wir Kommunisten in die Sozialdemokratische Partei eingetreten und waren Mitglied der SPS bis 1939. Die schweizerische SP war gegen unseren Beitritt. Aber die Genfer Sektion konnte sich durchsetzen. Wir haben seither gute Beziehungen mit den linken Sozialisten.

Interview:
Ruedi Küng
Beat Schweingruber

Es gibt in unseren Westschweizer Sektionen Leute, welche aus der kommunistischen, und solche, die aus der sozialistischen Partei kommen. Aber niemals dachte man daran, zwischen ihnen einen Unterschied oder gar eine Diskriminierung zu schaffen.

Später sind politische Schwierigkeiten aufgetreten. Ich denke etwa an die Ereignisse in Budapest 1956. Zu dieser Zeit wurde offenbar, dass die Einheit der alten Sozialisten und Kommunisten in der *Westschweiz* sehr solid blieb. Es gab einige Angriffe gegen die «Voix ouvrière», antikommunistische Manifestationen usw. Aber das konnte die Partei nicht knicken.

Schon vor 1956 waren die Deutschschweizer Sektionen aus verschiedenen Gründen schwächer. Beim Angriff der Rechten gegen die Kommunisten, gegen die PdA, verliessen in der Deutschschweiz viele Sozialisten die Partei: zum Beispiel Heeb, der Anwalt von Solschenizyn wurde, Jost, Medici, Martin Stohler, Kägi, der heute «Weltwoche»-Redaktor ist. Dies hat natürlich unsere Sektionen geschwächt. Die Verbindung der Sozialisten und Kommunisten war in der deutschen Schweiz unendlich viel schwächer als in der französischen Schweiz. Und dies ist der wesentliche Grund für die heutige Situation.

Sie führen also die relative Schwäche der Partei in der Deutschschweiz auf das Weggehen von Personen zurück. Aber welches sind denn die Gründe für deren Austritt? Muss man die Gründe dafür nicht auf der ideologischen Ebene suchen?

Ja, aber das kann nicht heissen, dass man bei uns nicht diskutiert hätte, was in Budapest passierte – und dann 1968 auch, was in Prag passierte. Aber die Diskussionen sind bei uns in einer anderen Weise abgelaufen: denn wir waren Genossen, welche gegenseitiges Vertrauen hatten. In der Deutschschweiz fand die Diskussion statt, welche nicht dieses Vertrauen hatten. Wenn man zum Beispiel vor 1956 in der deutschen Schweiz eine Leitung zusammensetzte, musste man ständig ein gewisses Gleichgewicht halten zwischen Sozialisten und Kommunisten in der Partei. Dies war ein schlechtes Zeichen.

Es gibt einen zweiten Grund für den Unterschied des Einflusses der PdA in der französischen und in der deutschen Schweiz. Ohne sagen zu wollen, unsere Genossen der Deutschschweiz hätten keine Politik im Interesse der Arbeiter und des Volkes im allgemeinen geführt, war doch diese Politik in der Westschweiz viel dichter und länger andauernd. Bei uns gab und gibt es keine einzige wichtige politische Aktion, welche nicht ständig, ja täglich mit der Aktivität unserer Partei verbunden ist, so bei der AHV, beim Frauenstimmrecht, bei bezahltem Urlaub, bei der Arbeitszeitverkürzung ...

Das führte dazu, dass wir in Genf 13 000 bis 14 000 Wählerstimmen erhalten. Man muss aber nicht daraus schliessen, dass die marxistisch-leninistische Ideologie so tief ins Volk eingedrungen sei. Natürlich gibt es Leute, wo dies zutrifft: das sind die Militanten, oder «jene, die ihnen folgen, oder die Gruppen in den Fabriken, die allerdings noch eine Partikularität darstellen, auch Präsidenten in den Gewerkschaftskommissionen, auch in den Gewerkschaften selbst; diese nehmen ziemlich harte Positionen ein. Aber abgesehen davon gibt es eine Reihe von Wählerinnen und Wählern, die für uns stimmen, weil wir immer ihre Interessen verteidigt haben.

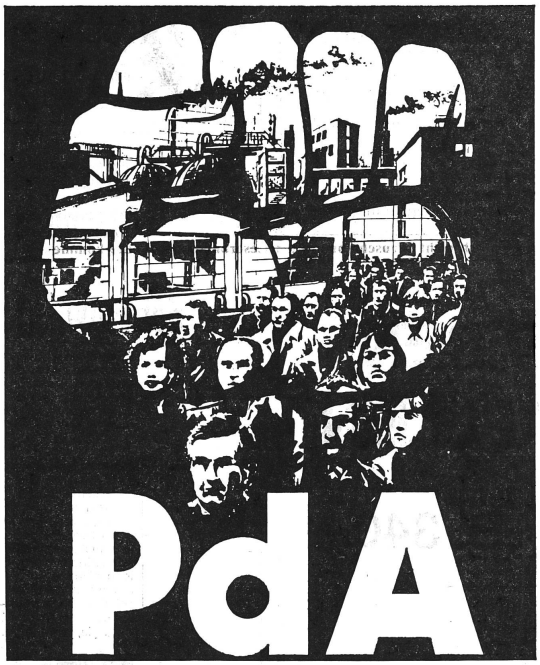
Aber auch die PdA der Deutschschweiz führt eine Politik im Interesse der Arbeiter und der mittleren Schichten. Deshalb kann man annehmen, dass die Gründe für die relative Schwäche der Deutschschweizer Partei auf ideologischem Gebiet liegen. Das Bild der Partei ist geprägt durch ein vom Antikommunismus verhärtetes Image, welches man charakterisieren könnte mit Worten wie «Dogmatismus», «bedingungslose Freundschaft mit der Sowjetunion und mit den Staaten des Ostens», «Stalinismus».

Sie stellen mir da eine unangenehme Frage, denn ich müsste nun beurteilen, was unsere Deutschschweizer Genossen schlecht, was gut, was sie nicht und was sie gemacht hätten.

«Stalinistisch» könnte auch heissen ...

... autoritär ...

... könnte heissen, dass die Entscheidung im Politischen Büro getroffen werden, Entscheidungen, welche dann von der Basis der Partei nicht korrigiert oder diskutiert oder kritisiert werden können.



Ich glaube das nicht. Ich habe zum Beispiel hier im Nationalrat gewisse Positionen vertreten bezüglich der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Diese Stellungnahmen waren nicht nach dem Geschmack von jedermann. Der Kongress der Genfer Sektion hat denn auch letztes Jahr eine Resolution verabschiedet, welche meine Stellungnahme veränderte. Auf nationaler Ebene haben wir eine Studienkommission geschaffen mit Vertretern aus allen Kantonen. Sie hat eine Arbeit verfasst, die nun als Grundlage für unsere Haltung im Parlament dient. Diese Arbeit folgt zwar den Linien, welche schon von mir aufgezeigt wurden, aber sie modifiziert oder nuanciert diese Linie in einigen Hinsichten. Das bedeutet doch, dass diskutiert wird. Eine einmal eingenommene Position ist nicht heilig, ist nicht unberührbar.

Wichtig ist, dass die PdA eine *Politik* hat, eine sehr klare Politik. Auch auf diesem von Ihnen angesprochenen Gebiet. Wenn Sie zum Beispiel unsere Thesen von 1971 anschauen, da reden wir von «verschiedenen Wegen zum Sozialismus», wir anerkennen die Widersprüche in der internationalen Arbeiterbewegung, wir anerkennen voll und konkret die «Autonomie und Rechtsgleichheit jeder Partei und jedes Staates». Die Partei «unterstreicht ihre vollkommene Freiheit der Entscheidung, der Einschätzung und der Kritik». Der Übergang zum Sozialismus kann nur mit dem Einverständnis und der Aktion des Schweizervolkes bewerkstelligt werden. Er kann nicht aufgepfropft werden, weder durch eine Minderheit, weder von oben noch von aussen. Das ist eine sehr klare Formel. Der einzige revolutionäre Weg, der sich unter diesen Bedingungen öffnet, besteht darin, die Masse des Volkes zu gewinnen, Schritt für Schritt.

Aber das Bild einer Partei hängt nicht so sehr davon ab, was in ihren Thesen geschrieben steht, sondern davon, was die Leute in ihr sehen, was sie von ihr erfahren ...

... und davon, was man ihnen davon sagt, und von der Werbung, die man macht oder nicht macht.

Nehmen wir ein Beispiel: 1968 marschieren die Truppen des Warschauer Pakts in Prag ein. Am selben Tag kommt unser Politisches Büro zusammen: Mit Einstimmigkeit verurteilen wir den Einmarsch der Truppen. Und wir haben seither nicht die Meinung geändert. Auch das Zentralkomitee der Partei nimmt dieselbe Position ein, mit Einstimmigkeit (zwei Enthaltungen).

Oder die Eingriffe gegen die Freiheitsrechte: Wir haben deutlich gesagt, dass wir mit der Ausweisung von Wolf Biermann absolut nicht einverstanden sind. Wir haben es den Interessierten gesagt, auch den Delegierten der DDR in der Schweiz. In einer Resolution des Zentralkomitees haben wir deutlich gesagt, dass wir die Angriffe auf die Freiheitsrechte in den sozialistischen Staaten nicht verstehen und nicht zulassen können. Sie können diese Resolution im «Vorwärts» von Anfang März finden.

Aber diese Erklärungen sind ignoriert worden, völlig ignoriert. Erst vor ganz kurzer Zeit (am 22. Juni) publizierte eine Zeitung unsere Stellungnahme im Auszug und wies darauf hin, dass diese Stellungnahme bisher nicht beachtet worden sei.

Wenn niemand darüber schreibt, was wir sagen, muss man nicht erstaunt sein über unser Image ...

Vielleicht sind unsere Genossen aus der Deutschschweiz manchmal in ihren Äusserungen härter als wir (entier). Was aber vielmehr erstaunt, ist die Tatsache, dass da, wo die Partei eine Haltung aufgrund einer breiten Mehrheit oder gar in Einstimmigkeit einnimmt, ein Komplott von ausserordentlicher Stille wirksam wird.

Natürlich, und das muss man auch betonen. Aber gibt es nicht innerhalb der Partei Strömungen, Leute, die sich – um es bildhaft zu sagen – gegen Süden, und andere, welche sich gegen Osten orientieren. Das Wort «Eurokommunismus» deckt doch immerhin eine Realität ab, auch wenn es ein ungenaues Wort ist ...

Ich verstehe Ihre Frage gut. «Eurokommunismus» ist ein Wort, das uns nicht gefällt – wir haben es uns nicht ausgedacht. Es gibt heute in den westlichen Parteien der Kommunisten einen Willen, eine Politik zu führen, welche von den Massen viel besser verstanden werden kann und wird. Wir haben natürlich unsere Haltung gegenüber diesen Parteien, aber wir wollen weder die Politik der KP Frankreichs noch diejenige Italiens, noch Spaniens nachahmen. Wir wollen nicht dem Modell Moskaus folgen, nicht jenem Pekings. Dafür gibt es klare Gründe, die in unserer Broschüre aufgezeigt sind (vgl. Anm. 1). Man muss den spezifischen Bedingungen unseres Landes Rechnung tragen.

«Eurokommunismus» heisst überhaupt nichts: In Frankreich gibt es eine grosse Sozialistische Partei (ein bisschen zu gross, meiner Ansicht nach), es gibt die KP und es gibt die Radikalen der Linken. Es gibt das Programm commun. Diese Gruppen *können* im nächsten Jahr die Mehrheit erlangen und die Regierung bilden. Dagegen in Italien sind die sozialistischen Parteien (es gibt deren zwei) sehr schwach, die KP ist sehr stark. Aber es gibt keine Union de la gauche. Die Taktik der KP muss deshalb ganz anders sein, und man mag sie nennen, wie man will. Die Situation ist ganz anders.

Und die Iberische Halbinsel: Die Wege Cunhals und Carillos verlaufen verschieden. Wie soll man alle diese verschiedenen Wege mit einem Begriff einfangen?

Vor einiger Zeit haben wir eine grosse Veranstaltung mit Carillo und mit der «Pasionaria» gemacht; auch haben wir den Bürgermeister von Neapel eingeladen. Wir pflegen sehr gute Beziehungen mit der KP Frankreichs. Das ist die Politik unserer Partei.

Wenn wir von «Eurokommunismus» sprechen, so meinen wir auch ein gewisses Leben der Partei selbst. Zum Beispiel die Möglichkeiten der Diskussionen: Das Spektrum der Positionen ist zum Beispiel in Italien sehr breit angelegt. Glauben Sie nicht, dass unter den Intellektuellen der Schweiz ein Bild der PdA verbreitet ist, in welchem ein so breites Meinungsspektrum nicht enthalten ist?

Die Breite der Diskussion steht in Abhängigkeit zur Stärke der Partei. Das scheint Ihnen vielleicht sonderbar. Die PdA ist eine kleine Partei, sie ist sehr viel stärker angegriffen als eine grosse Partei, und gezwungenermassen verteidigt sie sich auf eine etwas rigorosere Art, auf eine etwas geschlossenere Art als die KP Italiens.

In der italienischen Partei mit ihrer enormen Stärke und welche eine ganze Reihe grosser Städte, Provinzen und Regionen leitet, mit einem grossen Einfluss auf die Intellektuellen, das ist wahr, in dieser Partei können die Diskussionen sehr viel freier ablaufen als in unserer kleinen Partei, die im übrigen weniger alte Traditionen besitzt. Die PdA kommt sich manchmal vor wie in einer belagerten Festung ...

Das ist eine materialistische Erklärung. Idealistisch gesprochen kann man sich natürlich eine kleine Partei vorstellen, die sehr breit und frei diskutiert und polemisiert. In der Praxis sieht man, dass das nicht geht. Und es gibt auch Gründe, weshalb das nicht geht. Es ist nicht allein deshalb, weil die Partei der Arbeit nicht sehr reich an Intellektuellen ist – und das trifft tatsächlich zu –, sondern auch, weil der Kampf, den wir führen, viel mehr ein Verteidigungskampf ist denn ein Angriff. Das schränkt das intellektuelle Prisma ein, durch die Kraft der Dinge.

Wir sind, und vor allem in der französischen Schweiz, in erster Linie eine Arbeiterpartei, ohne ausreichende Bindungen an das, was man Intelligenzija nennt.

Ein zentrales Element des «Eurokommunismus» ist sicher die Frage der Unabhängigkeit von Moskau. Die PdA hat das Image, von Moskau abhängig zu sein ...

Das ist ein falsches Bild! Lesen Sie unsere Thesen, unsere Resolutionen, unsere Stellungnahmen.

Wird dieser Punkt in der Partei nicht diskutiert?

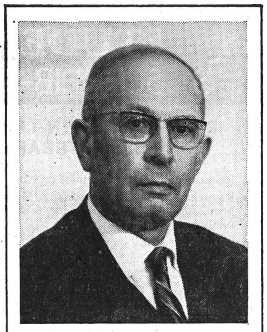
Nein. Für uns ist dieser Punkt klar.

Will die Partei keine Kritik der Politik, wie sie unter Stalin verfolgt wurde, ausarbeiten? So wie in Italien und Frankreich.

Wir sind dazu nicht ausgerüstet, wir wünschten, dass dies unsere sowjetischen Genossen täten. Es zeigt sich, dass sie es nicht tun, das ist wahr. Wir haben aber an Konferenzen in Genf und Lausanne den französischen Historiker Elleinstein eingeladen (Elleinstein, der Mitglied der KPF ist, hat ein Buch über die «Geschichte des ‹Stalinismus›» verfasst, deutsch bei VSA, die Red.). Wir glauben, dass diese Frage gestellt werden muss, aber wir sind gezwungen, sie auf diese Weise zu stellen. Wir haben keine Historiker. Wir haben ja nicht einmal Historiker, um unsere eigene Geschichte zu schreiben.

Welchen Stellenwert misst die PdA der parlamentarischen Arbeit bei?

In einem Land wie dem unseren ist die parlamentarische Arbeit wichtig. Der Beweis liegt darin, dass diese Arbeit mehr und mehr komplex und kompliziert wird, auch langatmig. Der Staat übernimmt heute immer mehr Aufgaben. Die Bevölkerung hat aber die Augen auf die parlamentarische Arbeit gerichtet. Sie weiss, was hier vorgeht.



Jean Vincent

Geboren am 8. 7. 1906, trat er 1923 in den Kommunistischen Jugendverband und 1924 in die Kommunistische Partei der Schweiz ein. Vor dem Verbot der KPS im Jahre 1937 trat er mit vielen anderen Genossen in die Sozialdemokratische Partei ein und blieb Mitglied bis 1939. Von der 1944 gegründeten Partei der Arbeit der Schweiz ist Jean Vincent heute Präsident, er ist Mitglied des Sekretariates, des Politischen Büros und des Zentralkomitees. Vincent, von Beruf Anwalt, ist seit 1936 Grossratsmitglied von Genf (Kantonsparlament) und seit 1947 Nationalrat der PdA, wo er die Fraktion (4 PdA und 1 PSA) der Linken präsidiert.

Aber sie ist natürlich nicht unsere einzige Aktivität. Wir vertreten unsere Ideen auch ausserhalb des Parlaments, auf Kampagnen usw. Wir führen beispielsweise eine Pressekampagne zu unserer Initiative gegen Inflation und Teuerung.

Wir denken an Aktivitäten in den Fabriken, in den Gewerkschaften.

Unsere Partei tut dies, aber sehr unterschiedlich nach den verschiedenen Gegenden der Schweiz. Fabrikgruppen gibt es vor allem in Genf. In den Warenhäusern zum Beispiel sind wir gescheitert. Aber wir haben Gruppen bei den Postangestellten, bei den Typographen usw. Unser Einfluss zeigt sich zum Beispiel darin, dass damals, als es ums Finanzpaket ging, das Gewerkschaftskartell von Genf gegen die Mehrwertsteuer gestimmt hat, obwohl ein Delegierter der nationalen Gewerkschaft für sie plädiert hatte.

Und dieses Nein ist das Resultat der Arbeit der PdA?

Dieses Nein der Gewerkschaft geht sicher auf unseren Einfluss zurück.

Um auf die parlamentarische Arbeit zurückzukommen: Die PdA hat ja niemals die Chance, eine Abstimmung zu bestimmen ...

Nein.

... ist sie also nur eine Tribüne ...?

Sie ist eine kleine Patrouille der Avantgarde, welche aber nicht die grossen Abstimmungen entscheiden kann – es kann zwar vorkommen, dass diese fünf Stimmen nötig sind, aber es ist sehr selten.

Welches ist das Verhältnis der Partei gegenüber anderen Parteien der Linken? In den Thesen gibt die Partei vor, die einzige Partei zu sein, welche die Interessen der Arbeiter vertritt ...

Nein, sie gibt sich als Partei der Avantgarde aus.

In These 58 heisst es: «Sie (die Partei der Arbeit) ist auch die einzige, die für sozialistische Lösungen, die sich in unserer Epoche aufdrängen, kämpft.»

Ja, das ist wahr. Das ist das Recht jeder Partei, zu behaupten, dass sie besser sei als die anderen. Wenn wir sagen, dass wir auf nationaler Ebene die hellsichtigsten sind, ist das unser Recht. Wenn die anderen nicht einverstanden sind, brauchen sie es bloss zu sagen. Das Volk kann wählen. Eine Partei, die nicht mehr glaubt, die Wahrheit zu haben, eine Avantgarde-Rolle zu besitzen, unentbehrlich zu sein, kann sich auflösen.

Diese Äusserungen können aber als Dogmatismus verstanden werden. In Italien zum Beispiel ist die KP fähig, sich öffentlich selbst zu kritisieren; sie war es wieder vor kurzer Zeit, als es Unruhen an den Hochschulen gab.

Auch die PdA kann Selbstkritik üben, und sie hat es auch schon getan. Aber das macht hierzulande natürlich weniger Lärm. Eine grosse Partei gibt die Möglichkeit zu einer viel nuancierteren Ideologie als eine kleine wie die PdA. Und welche obendrein verfolgt wird von Antikommunismus und Antisowjetismus.

Wie will die Partei das Problem der Schwäche überwinden?

Das ändert natürlich nicht von einem Tag auf den anderen. Das ist keine Frage der Maxime. Im übrigen kann es nicht unsere Aufgabe sein, den Deutschschweizer Genossen zu sagen, seid mutiger, aktiver, seid bissiger, habt eine Ideologie ...

[1] «Was will die Partei der Arbeit der Schweiz?» Thesen zur Politik der PdAS, Juni 1971. Erhältlich beim Sekretariat, Zweierstrasse 123, 8003 Zürich.

SSS STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

DISSERTATIONEN/LIZENTIATS- UND SEMESTERARBEITEN

- Reinschriften vorschriftsgemäss und druckfertig ab Manuskript
- Reinschriften auf IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Film- und Korrekturband, 20 verschiedene Schriften inkl. Zeichen und Symbole
- Dissertationsdruck im Offsetverfahren inkl. Binden
- Photokopieren mit dem XEROX-4500-Kopierer (Sortieren und IBICO-Bindungen)
- **GÜNSTIGSTE PREISE** (z. B. Drucken und Binden von 200 Exemplaren à 100 Seiten nur 780 Fr.!)
- **KÜRZESTE LIEFERFRISTEN!**
- **ERSTKLASSIGE QUALITÄT!**
- **INDIVIDUELLE UND UNVERBINDLICHE BERATUNG!**

SONNEGGSTR. 26 • 8006 ZÜRICH • ☎ 01 / 32 00 88

DISSERTATIONEN

druckt exzellent von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format

BÖNECKE

Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.

3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525

bei Expl.	DM pro Seite
70	3.30
100	3.45
150	3.65
200	3.85
300	4.25

Frachtverbilligung Raster billigst!

Angebot anfordern

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten: Juris Druck+Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich Telefon 01/27 77 27

Bei uns erhalten Sie erotische **Filme und Magazine** (auch homophile) besonders günstig. Schreiben Sie mit Altersangabe an den Plaisir-Versand, Postfach 1131, D-7886 Murg.

KULTUR MAGAZIN 3/4

Die Doppelnummer 3/4 bringt u.a.

Günter Netzer : Ein Interview, dazu Exklusivbeiträge von O.F.Walter, W.M. Diggelmann, P.Hürzeler, F.Hirzel, D.Meier, H.-P.Wyss, M.Comensoli
Horror mal anders : Kleine politische Ökonomie des Gruselns.
und viele weitere Beiträge auf 60 Seiten

---------- Talon ----------

O Ich bestelle KULTURMAGAZIN Nr 3/4 äFr. 6.-
O Ich abonniere KULTURMAGAZIN ab Nr. 3/4 bis Ende 77 à Fr. 14.-
O Ich abonniere KULTURMAGAZIN rückwirkend ab Nr. 1 bis Ende 77 äFr. 20.-

Name.....
Adresse.....
PLZ/Ort.....

Einsenden an : KULTURMAGAZIN Postfach 3188,3000 Bern 7

Ihre **DISSERTATION** schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin

Ruedi Gysin AG Haus der Reprografie
Im eisernen Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale 8050 Zürich-Oerlikon:
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

Unterstützen Sie uns! Auf Anfrage schicken wir gerne Zeitungsplakate über Werbenummern (Tel. 01/47 75 30).

Sie suchen in Zürich **möbl. Zimmer** oder **möbl. Wohnung?** Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

deyo Verwaltungs AG, 8039 Zürich Tödistr. 48, Tel. 202 73 11

NEUES FORVM 1977

Jän./ Feb.: LINKE (Borneman, Mandel, Nenning)
März: ITALIEN (Dvorak, Geyrhofer, Müller)
KRISE (Mandel, Vigier, Ipsen, focus)
BLATTLINIENDISKUSSION (Redaktion)
April/ Mai: RÜSTUNG (Kennan, Rothschild)
ATOMKRAFT (Jungk, Gofman, Lötsch u. a.)
Juni/ Juli: RADIKALE (Nenning, Palme, Pataki, Roth)
FILM (Geyrhofer, Hopp, Pezold)

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle das NF vom um öS 44 DM/sfr 6,50 ☐ ein Gratisprobeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 320 DM/sfr 48 (Studenten öS 240 DM/sfr 36 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

Semesterarbeiten Dissertationen

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

Semesterarbeiten Dissertationen Doktorarbeiten

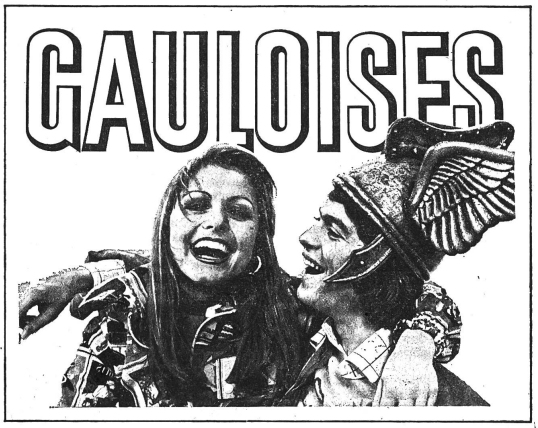
alles drucken wir zu äusserst günstigen Preisen ab reprofertigen Vorlagen

Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelkopfschreibmaschine oder IBM-Composer

Preise auf Anfrage Lieferfristen: besonders schnell

rufen Sie an oder kommen Sie vorbei

CopyQuick Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/276 636



Interdisziplinäres Nachdiplomstudium über Probleme der Entwicklungsländer.

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Ganztägiges Ausbildungsprogramm für Hochschulabsolventen vom 13. Februar 1978 bis 31. März 1979

Studium der technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer. Einbezogen sind u. a. Ökonomie, Geschichte, Kulturtechnik, Agrarwirtschaft, Entwicklungsplanung, Projektevaluation, Bildungspolitik, Systemwissenschaft Ökologie, Urbanisation.

Sprachkurse für das Praktikum.

Praktikum von 3 Monaten in einem Entwicklungsland im Anschluss an das Sommersemester.

Stipendien: Kantonale Studienbeiträge und Stipendien durch den Kurs sind möglich. Reisekosten trägt der Kurs.

Information und Anmeldung: Interdisziplinärer Nachdiplomkurs über Probleme der Entwicklungsländer, Weinbergstr. 98/100, 8006 Zürich, Telefon (01) 60 34 14.

ETH ZÜRICH

Anmeldeschluss: 30. September 1977

SSR billig reise

BADEFERIEN IN APULIEN

Tremiti-Inseln Fr. 340.-

2 Wochen Campingferien
Inbegriffen: Hin- und Rückreise mit dem Car, Unterkunft während 14 Tagen in bereitgestellten 2er-Zelten mit Schaumstoffmatratzen.

Baden in Rodi 440.-–485.-

2 Wochen
Inbegriffen: Hin- und Rückreise mit dem Car, 14 Uebernachtungen mit Frühstück (Doppelzimmer) in sympathischer Pension.

Feriendorf 'Gattarella' 495.-–775.-

2 Wochen
Inbegriffen: Hin- und Rückreise mit dem Car, 14 Uebernachtungen.

ABFAHRTSDATEN FÜR ALLE PROGRAMME AB ZÜRICH:
08.07. / 22.07. / 05.08. / 19.08. / 02.09.

für jedermann

SSR SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
Basel, Bern, Chur, Luzern, St. Gallen, Zürich
Telefonverkauf: 01. 47 30 00

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE
Seilergraben 41, 8001 Zürich
Tel. 01/32 49 34, PC 80-27780

FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER (xerographisches Verfahren)

20 Rappen/Stck.
mit LEGI 15 Rappen/Stck.

Schnelldruck (ab einer Vorlage)	1seitig	2seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

ÖFFNUNGSZEITEN MO–FR 08.30–18.30 SA 10.00–13.00

Ibico-Spiralbindung pro Buch 2.50–4.50

Staatskunde in Gösgen

A
Wir haben gelernt:
Der Staat schützt dein Eigentum.
Jeder hat die gleichen Rechte.
Deine Freiheit ist gesichert.
Wir leben in einer Demokratie.

In Gösgen
lehren sie uns
eine andere Geschichte
als in der Schule.

1
Wir haben gelernt:
Der Staat schützt dein Eigentum.
In Gösgen
schützt er
der Herren Millionenburg.
Unser Fahrzeug aber
steckt er
in ihrem Auftrag
in Brand.
Er verteidigt
Atom-Reaktor und Kühlturm
mit Waffengewalt.
Unser Leben aber,
das wichtigste,
was wir besitzen,
gibt er ihren Gammastrahlen preis.

2
Wir haben gelernt:
Jeder hat die gleichen Rechte.
In Gösgen
setzt die Atomlobby
ihr Interesse am radioaktiven Profit
mit Panzerwagen und Giftgas durch.
Uns Atomgegnern aber
rauben sie das Recht,
singend auf Zufahrtsstrassen
– die sie ihr eigen nennen,
weil sie uns vor langer Zeit
das ganze Land gestohlen –
zu hocken,
im Interesse künftigen Lebens.
Petitionen könnt ihr schreiben,
sagen sie, aber keine «Gewalt»!
Sollen sie doch Unterschriften
gegen die Besetzung sammeln!

3
Wir haben gelernt:
Deine Freiheit ist gesichert.
In Gösgen
nimmt die Freiheit
der Besitzenden kein Ende.
Die Freiheit der Besitzlosen
aber hat keinen Anfang.
Die besser bezahlen,
bestimmen die Umweltvergiftung
der nächsten hundert Generationen.
Polizisten und Werktätige
(im A-Werk Tätige)
treten Leben und Freiheit
ihrer eignen Kinder mit Füssen.
Aus Angst vor dem Verlust ihrer
Arbeit.
So gesichert ist ihre Freiheit.

4
Wir haben gelernt:
Wir leben in einer Demokratie.
In Gösgen
wird die Demokratie
eingenebelt und vergiftet.
Engagierte Demokraten flüchten
mit Zitronentüchern vorm Gesicht
vor Hunden und Polizeigrenadieren.
Würden wir Machtlosen
zur Durchsetzung unserer Interessen
so bald schon
keine andere Möglichkeit mehr sehen
– als die Gewalt –
wie jene,
die so schon herrschen,
der Bürgerkrieg wäre längst alltäglich.

B
In Gösgen
haben sie uns gelehrt:
Der Staat schützt der Reichen
Eigentum.
Die Vielen haben keine,
die Wenigen alle Rechte.
Unsere Freiheit ist
in der Herren Hand.
In dieser Papierdemokratie
schreiben ein paar Wenige
die Geschichte.
Gehen wir nach Gösgen.
Da lehren wir sie,
dass wir Vielen
eine neue Geschichte
schreiben werden.

Jürgmeier

Nach dem zweiten Besetzungswochenende in Gösgen:

Der Widerstand verbreitet sich

6500 AKW-Gegner folgten am 2. Juli dem Aufruf des Schweizerischen Aktionskomitees gegen das AKW Gösgen (SAG) zu einer weiteren Besetzung der Zufahrtswege zum AKW Gösgen. Dies sind mehr als doppelt so viel als eine Woche zuvor – trotz der zu erwartenden harten Auseinandersetzungen. Auf der anderen Seite wurden aus der ganzen Schweiz knapp 1000 Polizisten zur Abschirmung des 1,8-Milliarden-Unding mobilisiert. 1000 Polizisten zur Niederschlagung der gewaltfreien Aktion; an diesem Wochenende nicht nur mit Tränengas und Wasserwerfern sondern auch mit *Gummigeschossen*. Wie lange dauert's noch, bis zur blindwütigen Verteidigung eines mehr als zweifelhaften «Rechts»-Zustandes und von gigantischen Fehlinvestitionen scharf geschossen wird? Ist es nach dem erfolglosen Einsatz von – an der Polizeipressekonferenz als nächste Eskalationsstufe genannten – Schlagstöcken schon so weit?

Wie die überwältigende Zustimmung zur Atomschutzinitiative in Basel vor wenigen Wochen gezeigt hat, ist es mit den von den Atomenergiebefürwortern und -profiteuren immer wieder bemühten Unterstützung ihrer Politik durch das Volk nicht mehr so weit her. Der Widerstand verbreitert sich in der betroffenen Bevölkerung. Viele sehen heute klar ein, dass sie im Bewilligungsverfahren gar nicht zum Zug gekommen oder ganz einfach übertölpelt worden sind. Dazu kommt das Bewusstsein der eigenen Ohnmacht. «Nicht die Gemeindeversammlung sondern der Gemeinderat hat die Bewilligung erteilt» erklärte ein Anwohner des später von der Polizei mit Tränengas eingenebelten Zufahrtsweges in Däniken. «Wir haben damals gar nicht gewusst, um was es eigentlich geht. Heute können wir nicht mehr dagegen ankämpfen, sonst verlieren wir unseren Job. Volle Unterstützung für eure Aktion» räsonnierte in Dulliken ein 50jähriger Passant. Die Tatsache, dass die Bewohner des Niederamtes in zunehmendem Masse *praktisch* durch die Zurverfügungstellung von Land usw. die AKW-Gegner unterstützen, zeigt, dass heute auch die direkt Betroffenen stärker mobilisiert sind als je zuvor.

Pikanterweise leistet die Polizei durch ihren verhältnisblödsinnig brutalen Einsatz gegen Demonstranten und an der Besetzung Nichtbeteiligte – in Däniken z. B. wurden Demonstranten und Nichtbeteiligte mit Tränengas und Wasserwerfern beim Bahnhof über die Schienen getrieben währenddem ein Schnellzug die Station passierte – ihren eigenen Beitrag zu dieser Mobilisierung. Was ist das für ein «Rechts»-Zustand, der gegen die unmittelbar Betroffenen so gewalttätig verteidigt werden muss? Wen wundert's da noch, dass die Polizei von *Passanten* wiederum mit Flaschen und Steinen bombardiert wurde?

Die Zufahrtswege sind wieder geräumt. In Dulliken wird auf privatem Grund neben dem Zufahrtsweg ein Informationspavillon errichtet, von dem aus in den nächsten Tagen und Wochen die Bevölkerung weiter informiert werden soll. Das weitere Vorgehen wird in den Vollversammlungen dieser Woche entschieden. Klar ist, dass der Widerstand weitergeführt wird. Dagegen wird weder ein allfälliges Demonstrationsverbot noch der schon eingesetzte Versuch, die Bewegung über die polizeiliche Fahndung nach dem Ausschussmitglied Froidevaux zu kriminalisieren, viel ausrichten können. Denn es ist nicht – wie der «ermahnende» Polizeisprecher am Samstagnachmittag meinte – eine kleine Minderheit, die gewaltfrei, jedoch kompromisslose Aktionen befürwortet. Auf von der Obrigkeit gnädig zur Verfügung gestellten, im Abseits liegenden und polizeilich gut kontrollierbaren Plätzen, die vor Nachteinbruch (!) zu räumen sind, wird auch in Zukunft nicht demonstriert. Weder in Gösgen noch anderswo.

Herbert Kraus

Für Informationsaktionen in Gösgen werden in den nächsten Tagen und Wochen noch viele engagierte AKW-Gegner benötigt. Wer Lust und Zeit hat, *auch unter der Woche* während ein oder zwei Tagen sich an diesen Aufklärungsaktionen zu beteiligen, melde sich bei den *Zürcher Atomkraftwerkgegnern* (ZAK), Postfach 145, 8002 Zürich, oder beim *Schweizerischen Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen* (SAG) Dorfstr. 20, 4657 Dulliken, Tel. (062) 35 21 42

Im übrigen findet am nächsten *Mittwoch, den 6. Juli, 20.00 Uhr,* im Limmathaus Zürich die nächste *Vollversammlung* statt.

Naive Fragen?

Von einem Leser, der nach eigener Aussage «kein Linker» ist und in Sachen A-Werke «keine ganz sichere Meinung» hat, bekam die Redaktion einen Brief, in dem der Schreiber einige – wie er meint – «ganz naive Fragen» stellt. Er bat uns zugleich darum, seinen vollen Namen nicht zu nennen. Warum, auch das wird in diesem Brief zum Polizeieinsatz um Gösgen am 25./26. Juni klar. Ein redaktioneller Kommentar dazu erübrigt sich.

Die Redaktion

*

«Ich weiss, dass sich diejenigen, die sich auf einer Strasse niederlassen und sie so blockieren, der Verkehrsbehinderung schuldig machen. Wenn ich etwa auf dem Tramgleis parkiere oder meinen Wagen mitten auf der Fahrbahn stehenlasse, werde ich gebüsst. Solche Vergehen passieren jeden Tag in der Schweiz. Zur Blockierung der Zufahrtswege zum A-Werk aber kam es bei Gösgen gar nicht. Dennoch wurde mit überscharfem, gesundheitsschädigendem Tränengas gebüsst. Zugegeben, es hätte schlimmer sein können. Man hat die Polizei schon brutaler gesehen, auch in der Schweiz. Aber trotzdem habe ich da Fragen:

Wann eigentlich kann die Polizei öffentlichen Grund, Strassen, die mit öffentlichen Geldern gebaut worden sind, für die Öffentlichkeit sperren? Rund um das A-Werk Gösgen war das am Samstag der Fall: Etwa zwei Kilometer vor der Kernkraftwerkanlage wurde den Demonstranten der Durchgang verboten. Nach einem weiteren Kilometer war es dann soweit: Nicht wegen Verkehrsbehinderung, sondern jetzt wegen Betretens der Sperrzone wurde scharfes Tränengas geschossen und gespritzt, wurde geknüppelt und wurden Hunde eingesetzt. Schon heute also, bevor die Atomfabrik noch in Betrieb ist, bestimmt ein (solothurnischer) Regierungsrat ein grosses Gebiet zur Demonstrations-Sperrzone. Wie wird das erst werden, wenn das A-Werk seinen Betrieb aufgenommen hat? Wie gross wird dann die verbotene Zone zum Schutz der Interessen der Aare-Tessin AG Elektrizität sein? Was gilt mehr: Bürgerrechte oder Industrie-Interessen?

Stimmt es wirklich, dass das Sach-Eigentum eines Privatunternehmens ein grösseres Rechtsgut ist als die Gesundheit von Bürgern, die ihre verbrieften Rechte nutzen? Polizisten schlugen auf Frauen mit Kindern ein, das Tränengas rief Verätzungen und Verbrennungen auf der Haut hervor. Dies scheint kein «Betriebsunfall» zu sein. Jedenfalls soll der solothurnische Regierungsverantwortliche Wyss zynisch gesagt haben: «Dieses Risiko geht man ein, wenn man auf einen solchen Platz geht.» Ich frage mich, ob nicht auch die A-Werk-Bauer ein Risiko eingehen, wenn sie gegen grossen Widerstand in der Bevölkerung ein A-Werk errichten. Nur: Dieses Risiko nimmt ihnen der Staat ab. Mich erschreckt diese Parteinahme.

Mich erschreckt der seltsame Zufall, dass der Lautsprecherwagen der Demonstranten gerade dann in Brand geriet, als die Manifestanten ihn zurückgelassen hatten, die Journalisten von der Polizei vertrieben waren und die Polizisten das Fahrzeug erreicht hatten. Und dann frage ich, wieso die, die im Kampfanzug auszogen, das A-Werk-Eigentum zu schützen, sich recht viel Zeit liessen, als es galt, löschend das Eigentum der Demonstranten vor tatsächlichem Schaden zu bewahren.

Es erschreckt mich, wenn ich höre, dass die Polizei am Sonntag in Olten versucht hat, einen anderen Lautsprecherwagen der A-Werk-Gegner zu konfiszieren, wo doch jeder weiss, dass gerade die Lautsprecheranweisungen dazu dienen, die Ruhe und Disziplin der Demonstranten sicherzustellen. Ich habe immer gemeint, es gehe der Polizei um Ruhe und Ordnung. Sollte hier Unruhe geschaffen werden, damit die Staatsgewalt mit ihren Mitteln ‹ihre› Ordnung herstellen konnte?

Bedrückend ist, dass die interkantonale Polizeitruppe, die mit 300 Mann im Einsatz und weiteren 700 Mann im Reservehinterhalt die Lage dank Tränengas, Knüppeln, Hunden beherrschte, einen Luzerner Securitas-Mann nicht hinderte, gleich zweimal hintereinander in die Demonstranten hineinzufahren. Gilt die Unversehrtheit des Lebens von Demonstranten so wenig und das A-Werk und seine Wächter so viel?

Ich stelle nur ganz naive Fragen, nach all dem, was ich aus Zeitungen, die im übrigen auch recht kritisch die nicht verhinderten Steinwürfe von betrunkenen Rockern vermerken, erfahren habe.

Ich selbst war erst am Sonntag mit Familie am Schauplatz des Geschehens. Wir haben die Reste der Schlacht gesehen, die ausgerollten Stacheldrahtverhaue, die zirkulierenden Mannschaftswagen aus der Innerschweiz und anderen Kantonen, die Strassensperren, die Polizisten in Uniform oder Kampfanzug, wir haben die scharfen Hunde im Wäldchen bellen hören. Wir kamen zu Fuss weiter als die Demonstranten am Samstag. Unser Eindruck in der gespannten Ruhe: wie Vorbereitungen und Übungen zu einem Bürgerkrieg.

Schliesslich, an der letzten Stacheldraht-Strassensperre vor dem Werk (rund 500 Meter Entfernung), wurden die Spaziergänger von einem freundlichen Kampfanzugträger photographiert. Einsprachen blieben erfolglos. Ist das Rechtens? (Ich weiss: ich hätte mich über dieses unfreiwillige Familienphoto beschweren können, bei irgendeinem Vorgesetzten. Aber das hätte eine Akte – samt Photo – gegeben. Und das macht in diesem Polizeiklima [mir jedenfalls] Angst.) Ich ärgere mich über meine Feigheit, auch darüber, dass ich Sie bitte, meinen Namen nicht zu nennen. Aber wer gehört, gelesen und erlebt hat, wie es bei Gösgen am 25./26. Juni aussah, wer so unmittelbar gemerkt hat, für wessen Interessen hier die Polizei, «Dein Freund und Helfer», eingesetzt wurde, wer beobachtet hat, wie eine offensichtlich feindliche Truppe noch am Sonntag bereitstand, der wagt vielleicht nicht mehr so schnell, auf seine Papier-Rechte zu vertrauen:

Wird das Eigentum der Grossen geschützt – auf Kosten von Gesundheit und Rechten der einfachen Leute?

Vielleicht ist ja juristisch alles in Ordnung. Aber dann habe ich mir wohl eine falsche Vorstellung von diesem Staat gemacht.

E. B.»

das konzept Tip

Atomkraft – Nein, danke

Dank der Mitarbeit vieler Organisationen und Einzelpersonen trug der Pfingstmarsch zu einer Aktivierung der AKW-Gegnerschaft in der ganzen Schweiz bei. Während des Pfingstmarsches ist die Aktion des Verkaufs von Klebern und Abzeichen mit der Aufschrift «Atomkraft? – Nein, danke» angelaufen. Bis auf weiteres wird der Versand weitergeführt. Der grosse Kleber (Durchmesser 12,5 cm), der Bogen mit 20 kleinen Klebern (Durchmesser 3,5 cm) oder der Anstecknknopf (Durchmesser 3,5 cm) wird für 1 Fr./Stück verkauft. Ebenso sind noch Pfingstmarschplatten von AKW-Liedern mit Ernst Born erhältlich (Preis 8 Fr./Stück). Bestellungen an *Pfingstmarsch-Komitee, Postfach 74, 4011 Basel.*

Elektroschocks nach dem Pfingstmarsch

Eine junge Genferin blieb nach dem Pfingstmarsch am 30. Mai allein auf dem Atomkraftwerkgelände Gösgen (SO) zurück. Sie wurde daraufhin von der Solothurner Polizei ohne vorherige Überprüfung ihrer Identität verhaftet und auf dem Polizeiposten einer eingehenden Leibesvisitation unterzogen. Aus Protest weigerte sie sich daraufhin, sich wieder anzuziehen, und wurde nun eine Nacht lang in eine Einzelzelle gesperrt. Ihr «eigenartiges» Verhalten war für die Polizei Vorwand genug, sie gegen ihren Willen in die Psychiatrische Klinik von Solothurn einzuliefern; von dort wurde sie später in die Psychiatrische Klinik Bel-Air, Genf, überführt.

Erst am Tage darauf wurde ihre Einlieferung von einem externen Arzt bestätigt. Wie in der *«Tribune de Genève»* zu lesen war, änderte dieses nachträglich ausgestellte Zeugnis nichts an der Illegalität der Freiheitsberaubung und der Einlieferung in die beiden psychiatrischen Kliniken. Anna R. reagierte mit Hungerstreik und Aussageverweigerung, worauf Dr. Brändli sich entschied, ihren Widerstand mit Elektroschocks zu brechen (OHNE ihr Einverständnis oder das ihrer Angehörigen).

Erst eine Woche nach Beginn der Behandlung mit Elektroschocks war es Angehörigen und Freunden, welche ausnahmslos für Annas psychische Gesundheit bürgen, gestattet, sie zu besuchen.

Nach fast dreiwöchigem Aufenthalt in der Klinik gelang es ihr, zu fliehen und bei Freunden unterzutauchen. Am darauffolgenden Samstag demonstrierten über hundert Personen gegen die Willkür der Verhaftung und der psychiatrischen «Behandlung». Gleichzeitig hielten das Comité pour la libération d'Anna R., das Comité contre la repression psychiatrique, das Réseau romand d'alternative à la psychiatrie, die Femmes du Centre-Femmes und das Comité contre Verbois nucléaire (CCVN) eine Pressekonferenz ab.

*

Soweit die Zusammenfassung der welschschweizerischen Pressestimmen. Wir stellen uns nun die Frage, warum der ganze Skandal in der deutschschweizerischen Presse bis anhin totgeschwiegen wurde? Liegt es an den schlechten Französischkenntnissen der Journalisten oder weil gewisse Kreise kein Interesse an der Veröffentlichung haben?

Wir erlauben uns die ironische Schlussbemerkung, dass der in Zukunft wahrscheinlich rasch ansteigende Energiebedarf der psychiatrischen Kliniken nur mit Kernkraftwerken gedeckt werden kann.

Béatrice Schutzbach, Wolfgang Schwarz, Markus Buser

Hiermit wird abonniert

«das konzept» – die kritische Alternativzeitung, die kein Blatt vor den Mund nimmt und auch kein Brett vor dem Kopf hat. Überzeugen Sie sich mit einem Abonnement.

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. ***Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt*** *(Ausweiskopie beilegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.*

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
- ☐ *September 77 bis Dezember 78 (16 Monate) für 22 Fr. (Ausland 28 Fr.)*
- ☐ *zum Schülerpreis von 14 Fr. (Ausweiskopie beilegen!)*
- ☐ *zusammen mit dem «zürcher student» (Sept. 77 bis Februar 78) für 14 Fr.*
- ☐ *Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)*

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:

Beruf: *Datum:*

Talon einsenden an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten/als Probenummer*/am Kiosk*/auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstreichen):*

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): *dk 77/7*

Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz nach der ersten Runde

Hornbergerschiessen bei der Hochschulförderung

Das neue Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz hat in einer ersten Runde in beiden eidgenössischen Räten die Hürde übersprungen. Alles in Butter, könnte man meinen, aber der Schein trügt. Das Gesetz wird zwar voraussichtlich in der Herbstsession endgültig bereinigt verabschiedet; die Kredite für die Hochschulkantone jedoch, die die Durchführung des Gesetzes erst ermöglichen, hängen noch in der Luft. Bundesrat Hürlimann möchte sich sein liberales, «den freien Zugang zu den Hochschulen» gewährleistendes Gesetz nicht jetzt schon mit dem Makel der Nicht-Erfüllung beflecken.

Auf dem Sektor der eidgenössischen Hochschulförderung musste in diesem Jahr spätestens etwas geschehen. Das alte Hochschulgesetz läuft auf Ende Jahr aus. Würde es nicht ersetzt, so kämen die Hochschulkantone in eine arge Finanzklemme; denn auch der reichste Kanton der Schweiz ist heute nicht mehr in der Lage, seine Universität selbst zu finanzieren. Es hätte die Möglichkeit bestanden, das alte Gesetz zu verlängern, wie dies schon einmal gemacht worden war. Diese Variante hätte der VSS sogar vorgezogen, da wir feststellen mussten: *«Der Entwurf (kann) in der jetzigen Form nicht voll befreidigen und ohne wesentliche Abänderungen nicht akzeptiert werden»* (Thesen zum neuen HFFG, verabschiedet an der 51. Sitzung des Delegiertenrates des VSS am 25. 2. 1977 in Olten). Aber es lag Bundesrat Hürlimann offensichtlich am Herzen, auf dem Gebiet der Hochschulpolitik etwas Neues, unter seiner Ägide Entstandes vorzulegen.

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18
Vorstand: Hanna Muralt, Urs Hänsenberger, Thomas Heilmann

Zwei verschiedene Debatten

Die Debatten in den eidgenössischen Räten sind bisher unter zwei verschiedenen Vorzeichen abgelaufen. Der Einschnitt war der 12. Juni. Im Ständerat und in der ersten Phase der Nationalratsdebatte versicherten mit Ausnahme einiger populärer Aussenseiter (Otto Fischer vom Gewerbeverband, Kopf-ab-Flubacher aus Basel-Land usw.) die Hauptsprecher, dass der Numerus clausus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft und verhindert werden müsste. BR Hürlimann sah durch den NC die Grundlagen des liberalen Staates bedroht. Der Nationalrat korrigierte die Fassung des Ständerates, wonach der Bund den freien Zugang zu den Hochschulen nur «fördern» sollte, wieder, und nun steht an dieser Stelle das ursprüngliche stolze «gewährleisten».

Otto Fischer, der das bürgerliche Dilemma gegenüber den Bildungsausgaben im allgemeinen zum Ausdruck brachte, wurde belehrt, dass er, der sonst immer für Liberalismus (im rein wirtschaftlichen Sinne, wohlgemerkt) sei, in der Frage des NC der «Planwirtschaft» das Wort rede. In einem Anflug von Grossmut erinnerte man sich gar daran, dass bis ins Jahr 1981 ungefähr 30 000 Lehrstellen fehlen werden, dass also Sparen bei der Hochschulbildung die Probleme auf dem Sektor der Berufsbildung nur verschärfen könne.

All das stand im Raum, als sich der Nationalrat anderthalb Wochen nach Ablehnung der Mehrwertsteuer wieder an die Diskussion des HFFG machte, die unterbrochen worden war. Vorerst noch das gleiche Bild wie zuvor. Einige Angriffe, so auf die gern aufgebauschten Langzeitstudenten (Bundi, soz.), wurden abgewiesen. Das Donnergrollen war dann erstmals vernehmlich, als sich Bundesrat Hürlimann mit einem Antrag einverstanden erklärte, der eine Differenz zum Ständerat in der Finanzierung der Hochschulförderung schaffte, da man dadurch Gelegenheit habe, in der Herbstsession beim Differenzenbereinigungsverfahren zwischen den beiden Räten auf die ganze Finanzangelegenheit zurückzukommen. Oppositionslos erklärte sich der Nationalrat damit einverstanden

Der Weg war frei für die Aufschiebung der Abstimmung über die Kredite, die ja die eigentliche Hochschulförderung darstellen. Nach dem 12. Juni sprach niemand mehr von einer Verhinderung des NC als vordringlicher Aufgabe. Über die Sommerpause wird das Bildungssparen vorbereitet. Endlich hat man den so angenehmen Sachzwang, der einem die Durchführung dessen, was man schon lange vorbereitet hatte und eigentlich auch wollte, gestattet. Der erzreaktionäre Flubacher aus dem Oberbaselbiet polterte schon, das Volk werde noch zeigen, was es unter Studieren verstehe. Nicht wahr, Herr Doktor Fischer?

Ein Gesetz, das nichts nützt

Das neue Hochschulförderungsgesetz wäre damit perfekt. Aber die darin erhöhten Bundesbeiträge kommen erst voll zur Ausschüttung drei Jahre nach der Einführung einer neuen Bundesfinanzordnung (lies Mehrwertsteuer). Diese neue Bundesfinanzordnung ist für das Jahr 1980 oder 1981 vorgesehen, denn vor den nächsten Wahlen möchten sich die Bundesratsparteien nicht noch mit einer neuen Steuervorlage unbeliebt machen. Das heisst aber für die erhöhten Beiträge an die Hochschulkantone, dass sie erst im Jahr 1984 voll bezahlt werden. Just zu dem Zeitpunkt also, wenn nach den nicht über alle Zweifel erhabenen Angaben der Bildungsplaner die Studentenzahlen wieder zu sinken beginnen. Wahrhaftig, man will den Numerus clausus mit allen Mitteln verhindern!

Die Sonderanstrengungen der Hochschulkantone zur Verhinderung des Numerus clausus, die nach Art. 16 des neuen Gesetzes honoriert werden sollen, zahlen sich erst aus, wenn der grosse Sturm vorüber ist.

Der Hauptkampf ging um den NC. Aber hinter dem Rauchvorhang dieses (Schein-)Gefechts wurden Dinge in das Gesetz verpackt, die den Forderungen einer fortschrittlichen Bildungspolitik entweder nicht zu genügen vermögen oder gar widersprechen. Da ist einmal die berühmte Regierungskonferenz. Die Herren Erziehungsdirektoren der Hochschulkantone sitzen da zusammen mit drei Vertretern aus Nichthochschulkantonen und dem Vorsteher des Departements des Inneren. Dort wird vorbereitet und entschieden. Das gewisse Mass an Öffentlichkeit, welches die nun aufgehobene Schweizerische Hochschulkonferenz noch geboten hatte, wird beseitigt. Kabinettspolitik unter Ausschluss der Öffentlichkeit hält wieder Einzug. Ein Mitspracherecht oder Mitbestimmungsrecht der Studenten wird nicht einmal in der Form einer Alibiübung gewährt. Die Vertreter der Parteien, die am 12. Juni vom Volk auf der ganzen Linie desavouiert worden sind, werfen sich in die Brust und fragen, wer denn für die Studenten überhaupt noch repräsentativ sei angesichts der politischen Heterogenität (Schwarz, fdp., Aargau). Welch ein Pluralismusverständnis! Und der katholische Butty aus Freiburg formuliert das Problem so: Welcher Student aus den 50 000 schweizerischen Studenten sollte ausgewählt werden? So sind die Studentenvertreter auf Fachkommissionen verwiesen, wo sie für Hofnarren Hofnarren sein können.

Ein weiterer schwerwiegender Mangel des Gesetzes besteht darin, dass es keine Bestimmung zur Förderung der Studienreform enthält. Der quantitative Ausbau der Universitäten hat heute sicher eine vorrangige Stellung. Soll man aber deswegen auf eine qualitative Reform verzichten? Der Hinweis, dass dies erst nach der Verabschiedung eines Bildungsartikels in der Bundesverfassung möglich wäre, genügt nicht. Subventionen für Anstrengungen auf dem Gebiet der Studienreform wären möglich und nötig gewesen.

Die Zweifel, die der Delegiertenrat des VSS bezüglich der Wirksamkeit dieses Gesetzes hatte, konnten durch die Debatten der eidgenössischen Räte nicht ausgeräumt werden. Im Gegenteil. Wird die Finanzlage des Bundes zum Alibi für den NC übers Jahr? *VSS*

Berufsbildung: Bericht aus dem Ständerat

Kein Einsatz für die Stiften

Abgeschrieben war am vorletzten Tag der Sommersession der eidgenössischen Räte (am 26. 6.) mit 32 Ja-Stimmen im Ständerat nicht nur die bundesrätliche Vorlage des Berufsbildungsgesetzes. Abgeschrieben waren in der Diskussion auch die Lehrlinge. Die hohen Standesherren mochten sich mehrheitlich für die Anliegen dieser grossen Mehrheit der Jugendlichen nicht so recht einsetzen. Die Arbeitgeber-Lobby setzte sich im Stöckli durch: Die Vorlage wurde verwässert, das Obligatorium der Lehrmeisterausbildung durchlöchert.

Das Berufsbildungsgesetz betrifft rund 143 000 Lehrlinge (durchschnittlich 70 Prozent aller Knaben und 33 Prozent aller Mädchen). Zum Vergleich: An den Universitäten gibt es gegenwärtig 53 000 Studierende. Schon diese Zahlen zeigen, welche Bedeutung das Gesetz hat, das jenes aus dem Jahr 1965 verbessern soll. Sieben Jahre lang ist in Vernehmlassungen und hinter den Kulissen um die Vorlage gerungen worden. Vom zuständigen Bundesamt für Gewerbe und Arbeit (Biga) fertiggestellt war es schon längere Zeit. Der zuständige Bundesrat aber, Volkswirtschaftsdepartement-(EDV-)Vorsteher Ernst Brugger, hatte wenig Zeit für die Bildung in seinem Ressort. Er war viel auf Reisen, um der Exportwirtschaft Märkte zu öffnen. Während sich der EDV-Chef für die Privatindustrie einsetzte, hatte diese genügend Zeit, ihre Interessen geltend zu machen: So wurde die Schmalspur-«Ausbildung» der Jugendlichen, die sogenannte «Anlehre», im Gesetz verankert – gegen den Widerstand der Gewerkschaften. Auch der Stellenwert der betrieblichen Ausbildung, der aus Erfahrung umstritten ist, blieb unangetastet: Die Arbeitgeber fürchten nichts mehr, als dass ihre Verfügungsgewalt über die Stifte, die doch immer noch auch billige, unterbezahlte Arbeitskräfte sind, gemindert wird (durch einen zweiten Berufsschultag zum Beispiel).

Zentrale Punkte im Gesetz sollten nun neben der Verankerung der «Anlehre» sein: die obligatorische Ausbildung der Lehrmeister, obligatorische, periodisch durchgeführte überbetriebliche Einführungskurse zur Erlernung grundlegender Fähigkeiten für die Lehrlinge, damit also Umstellung vom dualen System «Betrieb–Schule» auf das triale System «Betrieb–Kollektivkurse–Schule», Verankerung der Berufsmittelschule und des Instituts für Berufspädagogik sowie Abschlussdiplome der Höheren Technischen Lehranstalten.

Der sogenannte Realismus

Dieses Gesetz also hatte der Ständerat zu diskutieren. Bundesrat Brugger meinte in der Eintretensdebatte nach einer Anpreisung der Vorlage bezeichnenderweise, es gelte, das Machbare zu realisieren: «Wir sollten realistisch bleiben.» Im Klartext bedeutete das den Appell, die Zustimmung von Vorort und Kleingewerbe nicht durch eine Verschärfung der wässerigen Vorlage zu gefährden: «Wir brauchen die Zusammenarbeit mit den Lehrmeistern und den Berufsverbänden. Gegen die Wirtschaft eine Berufsbildung durchzusetzen wäre sinnlos.»

Was dann folgte, war freilich noch peinlicher als dieses Eingeständnis einer Abhängigkeit des Departements von den Interessen der Wirtschaft:

Das Desinteresse an einer *möglichst umfassenden Ausbildung aller Stifte* im Stöckli war offensichtlich. Nur wenige Standesherren beteiligten sich an der Diskussion. Die einen hatten ihr Redepulver schon in der vorangegangenen Juradiskussion verschossen, andere bereiteten sich auf die folgende Tierhaltungsdebatte vor. So blieben noch rund 10 Bürgerliche und zwei Sozialdemokraten an der Zukunft von 175 000 Lehrlingen offen interessiert. Und wie?!

Schon wenig Gutes war zu erhoffen, als zum Eintreten das Gesetz als «nicht revolutionär, aber zweckmässig» (für wen?), als «fortschrittlich» (Kündig, cvp., ZG), als «Vorbild für eine realistische Bildungspolitik» (Ulrich, cvp., SZ) bezeichnet wurde. Im Detail dann glänzten die Standesherren teils durch Unwissenheit bei einfachsten Sachverhalten (so Knüsel, fdp., LU, der nicht wusste, dass Verwaltungsberufe wegen fehlender Verfassungsgrundlage nicht einbezogen werden können, und Ulrich, cvp., SZ, der beim Lehrlingsturnen das Volk für das Nein vom 12. Juni bestrafen und die körperliche Lehrlingsgesundheitsfürsorge in Frage stellen wollte, obwohl das Turnen nicht im Berufsbildungsgesetz verankert ist), teils durch offene Gewerbefreundlichkeit, sprich: Lobby-Tätigkeit.

Unternehmer Kündig: Stiftenfürsprech?

Von der Funktion her hat hier vor allen der Luzerner CVP-Standesherr Kündig, dem der Ständerat das Präsidium der Vorberatenden Kommission übertragen hatte, das grosse Wort. Kündig wusste, wovon und wofür er sprach: Er ist Druckereibesitzer und Geschäftsleitungsmitglied des Buchdruckervereins, prominenter Arbeitgeber und -Lobbyist also. Er also wandte sich gegen die Bestimmung «Der Lehrling darf nicht Akkordarbeiten ausüben»: Vom zweiten Lehrjahr an solle der Lehrling doch «in gewissen Schranken zu der möglicherweise erzieherisch wertvollen Akkordarbeit» herangezogen werden dürfen. Mit Hilfe der Sozialdemokraten – und in diesem Fall auch von Bundesrat Brugger – wandte sich die Ständeratsmehrheit gegen solche Art von Erziehung, wie die Kommission vorgeschlagen hatte.

Die wesentliche Entscheidung war freilich schon vor solchem klassenbewusstem Geplänkel gefallen: Gewerbeexponent in eigenem Sold und allgemeinem Zunftinteresse sowie Kommissionspräsident Kündig wollte die obligatorische Lehrmeisterausbildung *«flexibler»* gestalten (so nennt man das): *Erstens* sollen die Berufsverbände, also die Arbeitgebervereinigungen der Branchen, nicht mehr das Biga, hauptverantwortlich für die Meisterausbildung sein. *Zweitens* sollten die Lehrmeister nicht nur dann von Ausbildungskursen befreit werden, wenn sie solche schon absolviert haben (so der Bundesrat), sondern auch «aus anderen wichtigen Gründen». Wenn sich auch Bundesrat Brugger gegen solche *«Durchlöcherung»* des ohnehin schon zahmen, arbeitgeberfreundlichen Gesetzes wehrte – die hohen Standesherren in ihrer privatwirtschaftlichen Weisheit dachten an die armen Unternehmer und die Kosten, die diesen der Besuch solcher Kurse machen, die doch nur den Stiften nützen. «Wichtige Gründe» lassen sich immer «nachweisen». Das zeigt die Anwendung anderer Gesetze durch die verschiedenen Kantone.

Wen wundert es, dass bei solchem *Desinteresse an den Tausenden von Stiften* die Einwendungen der Sozialdemokraten gegen die *Anlehre* nicht ernst genommen wurden? Wohl jedermann im Rat wusste, wozu die Anlehre gut ist. Der SVP-Glarner Stucki wurde unfreiwillig deutlich, als er hoffte, «dass die Anlehre zur Vorbereitung auf eine spätere Lehre dient und diese Leute *nicht alle Hilfsarbeiter werden*». Kündig korrigierte seinen naiven bürgerlichen Kollegen später: Die Anlehre solle «nur in gewissen Fällen» die Vorstufe zu einer Berufslehre sein. Die Anlehre solle «Minderbegabte fördern». Wie edel (und wie besorgt um Unternehmerprofite aus niederbezahlten Ungelernten, sogenannten «Angelernten»)!

Zugegeben: Die Verteidigung der Lehrlinge durch die Sozialdemokraten war lahm. Aber selbst eine scharfe Attacke im Stile Zieglers hätte die *bürgerliche Arroganz im Stöckli* kaum brechen können. So enthielten sich denn die SP-Standesherren der Stimme, und die Sache der Lehrlinge war abgeschrieben. Die Stöckli-Herren konnten in die Mittagspause gehen und sich auf die Tierhaltungsdebatte, die ihnen mehr als die Lehrlingshaltung (oder -ausbildung) am Herzen lag, vorbereiten.

Referendum in Sicht – Macht Ständerat zu Stifterat

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wird wahrscheinlich – so SGB-Jugendsekretär Moser in Zürich an einer Diskussionsveranstaltung – das Referendum ergreifen, sofern sich der Nationalrat ähnlich zynisch über die Interessen der Lehrlinge hinwegsetzen sollte. Angesichts einer solchen Ständeratsdebatte wäre das nur zu wünschen. Besser noch: Man sollte die Herren Ständeräte zu Stiften machen.

Vielleicht würden dann die Ständeherren und ihre bürgerlichen Kollegen in der grossen Kammer, die immer wieder die Bedeutung der beruflichen Bildung in den Himmel heben, wenn es gilt, Hochschulvorlagen zu bodigen, lernen, was sie immer noch nicht begriffen haben: dass sie nicht Kapital-, sondern Stände- und Volksvertreter zu sein haben, also auch Vertreter der Tausenden von Lehrlingen. Diese wollen auch dann eine gute, zukunftsträchtige Ausbildung, wenn Stifte nicht mehr knapp sind (wie in den Jahren, als man das Gesetz in Angriff nahm), sondern die Unternehmer eher Jugendliche als Ersatz für Fremdarbeiter als Ungelernte wünschen. *B. Dietrich*

Schweizerische Hochschulkonferenz 1977

Schauspiel nach allen Regeln der Repräsentationskunst

Das Plenum der Schweizerischen Hochschulkonferenz fand sich dieses Jahr zu seiner grossen zweitägigen Sitzung in Lugano ein. Erziehungsdirektoren aus Hochschul- und Nichthochschulkantonen, Vertreter des Bundes, der Universitäten und bildungspolitischer Verbände und Organisationen versammelten sich im luxuriösen Hotel Europa zur festlichen Sitzung der schweizerischen Bildungsgrössen. Zwei Traktanden standen am Donnerstag zur Diskussion: die Zukunft der Schweizerischen Hochschulkonferenz und das Centro universitario della Svizzera italiana (CUSI).

Zum ersten Thema trug die Arbeitsgruppe Gaudard der Hochschulkonferenz ihre Vorstellungen zur Organisationsstruktur unter dem neuen Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz (HFFG) vor. Es ging hierbei vor allem um die verschiedenen Kommissionen, die nicht durch das Gesetz geregelt werden. Das Plenum hatte Gelegenheit, weitere Anregungen an die Arbeitsgruppe Gaudard gelangen zu lassen. Beschlüsse konnten bei dieser ersten grösseren Diskussion und in Anbetracht des ungewissen Schicksals des neuen HFFG nicht gefasst werden. Der VSS äusserte sich zum allgemeinen Problem der fehlenden Information mit den Neuregelungen und verlangte, dass je zwei VSS-Delegierte in die verschiedenen Kommissionen Einsitz nehmen können.

Die Tessiner Regierung hegt immer noch den Gedanken einer eigenen Hochschulinstitution und fällte ihre Option zugunsten eines Postgraduate-Instituts für Regionalstudien. Im Vorfeld einer möglichen späteren Anerkennung dieses Instituts als Bundessubventionsempfänger ging es nun darum, in freundeidgenössischem Sinn die Meinung der bestehenden Hochschulträger zu hören.

Dies gab nun Anlass zu grossen rhetorischen Übungen, die vor allem Zeugnis für die beherrschte Kunst salbungsvoller Schaumschlägerei, etwa für die Kenntnis der Entscheidzuständigkeiten von Bund, Kanton Tessin und übrigen Kantonen, ablegten. Trotz einigen eher «bösen» Bemerkungen in der Finanzierungsfrage (noch mehr Subventionsberechtigte bei stagnierenden Hochschulgeldern?) kam das Plenum zu einer positiven Stellungnahme im Sinne einer Empfehlung an den Bund und die Tessiner Behörden. Schliesslich war man ja hier in Lugano zu Gast und stand vor dem abendlichen Bankett im grossen Stil, das vom Tessiner Regierungsrat gestiftet wurde.

Am Freitag – für viele nach halbdurchwachter Nacht, denn es lockten Nightclubs und Campione – wurde beschlossen, für Herbst 1977 auf Zulassungsbeschränkungen zu verzichten. Dieser wichtige Entscheid, den Tageszeitungen und Fernsehen ausführlich darstellten, brachte Informierten allerdings keine Überraschungen. Die diesjährige Voranmeldung im Fach Medizin zeigt gesamthaft rückläufige Zahlen nicht nur gegenüber 1976, sondern auch 1975. Der Rückgang der Voranmeldungen ist wesentlich auf die «Abschreckungskampagne» der SHK zurückzuführen, die im Januar 1977 an die Maturanden erging und vor allem über die Humanmedizin informierte. Ein allerdings sehr zweifelhafter «Erfolg». Im Anschluss wurde ein Thesenpapier zum Hochschulzugang diskutiert, das die bisherigen Optionen der SHK zu allfälligen Zulassungsbeschränkungen mit den wichtigen Prinzipien der Nichtdiskrimination und den qualitativen Kriterien nach dem Modell Akert bestätigt. Dieses Thesenpapier verankert die «Abschreckungskampagnen» als probates Mittel, die Zahl der Studienanfänger im Fachbereich Medizin bis 1985 konstant zu halten – dies trotz Protest des Verbandes der Schweizer Medizinstudenten und des VSS.

Mit Zustimmung zur Kenntnis genommen wurde ein zukunftsweisendes Papier zur finanziellen Beteiligung der Nichthochschulkantone am Hochschulwesen. Danach entrichten alle Kantone 1980 jährlich Beiträge, errechnet auf der Basis der Einwohnerquoten, der Finanzkraft des Kantons und des Anteils der ausserhalb des Kantons Studierenden. Ein hoffnungsvoller Anfang, aber mit welchen Realisierungschancen?

Nach einem kalten Buffet, das sich sehen liess, machte sich die noble Gesellschaft auf die Heimreise. *VSS/HM*

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik

für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**

Für einige Tage Wanderferien in den **Walliser Bergen** suche ich biologisch interessierte(n) Kameraden(-in). Termin nach Übereinkunft Juli/August. Georges Lütolf, Vetterliweg 93, 8049 Zürich. Tel. 62 38 60.

Lustige(r) Mitfahrer(in) nach **Finnland** gesucht (Zürich–Helsingborg–Stockholm–Turku). Abfahrt ca. 20. Juli 1977. Sich melden bei: Peter Schmider, 8611 Sulzbach, (01) 87 15 14.

Welches zu Strapazen bereite intelligente Mädchen mit Herz, 20–30j., kommt mit 28jährigem Studenten zw. Ende Juli bis Mitte Okt. nach **Sizilien, Tunesien, Algerien, Marokko, Spanien?** Transport: alles Verfügbare, Route flexibel. André Kolar, Tel. (01) 56 03 60.

Körperbehinderte suchen für ihr Ferienlager **4 Tage Paris, 10 Tage Normandie** mit Nichtbehinderten vom 24. 7. bis 7. 8. 1977 noch 3–4 nichtbehinderte Studenten. Kosten zwischen 300 und 400 Franken. Anmeldung und Auskünfte: Ruth Gödl, (01) 55 17 82.

Old! Irgendwo auf eigene Faust:

Ich: 21, o-beinig, Student, schüchtern, eigenwillig(?). Durchschlossen. Plan: wird gemeinsam entstehen. Kosten: relativ klein. Reisezeit: ca. September, ein Monat. Thomas Schmid, Mühlenstrasse 5, 9000 St. Gallen.

Suchen Mitfahrgelegenheit (Benzinbeteiligung) nach **Frankreich/Spanien/Portugal** zw. 10.–14. 7. 77 Esther/Christine Tel. 037/22 03 84 (7.30–9.00)

treff punkt

Welche **Mutter** braucht wie ich etwas Zeit für anderes (Studium) und sucht gleichzeitig für ihr **Kind** einen Spielgefährten? Wir könnten doch unsere Kinder 1–2 Tage/Woche austauschen. (Eine Tochter, 22 Monate, Kreis 6.) Tel. (01) 28 67 62

Für **FKK-Ferien** (1–2 Wochen, Juli oder August) möchte ich (24, männlich) als Begleiterin ein herzensfrohes und feinfühliges Mädchen kennenlernen. Zuschriften unter Chiffre 4177 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ich suche auf den ersten Oktober oder früher Anschluss in einer Wohngemeinschaft in der Stadt Zürich. Ich möchte mit Frauen und Männern in einer aufgestellten Gemeinschaft zusammenleben, wo ich mich auseinandersetzen, d. h. wohl fühlen kann. Ich heisse Marcel und bin am Abend ab 19 Uhr zu Hause. Tel. (052) 22 49 64.

Zweite Säule unter Beschuss

Sicherung im Alter statt Renten-Geschäft

Etwa jeder fünfte Schweizer ist Rentner. Dennoch scheint die reiche Schweiz nicht bereit, diesen 1,024 Mio. älteren Mitbürgern (1976) ein Leben ohne materielle Sorgen zuzugestehen. Neuestes Beispiel dieser beschämenden Bilanz, mit der unser Bericht in der Juni-Nummer das «konzept» über die politischen Hintergründe des Gerangels um die Zweite Säule schloss: die «Konsolidierung» der AHV, die nichts anderes bedeutet als staatliche Sparmassnahmen auf dem Rücken der Rentner. Die hiesige «Sozial»-Politik ist unsozial: Die Schweiz ist das einzige Land Europas, wo Zahnpflege nicht durch die Krankenkasse gedeckt wird; eine Mutterschaftsversicherung existiert nur in Ansätzen; skandalöse Härtefälle ergeben sich aus der Trennung von Unfall- und Krankenversicherung. Von den 28 Mio. Franken Sozialversicherungs-Aufwendungen wird ein Drittel durch private Geschäftemacherei und unnötige Kapitalanhäufung zweckentfremdet. In dieser Situation zeigt dieser Artikel eine Alternative zum unsozialen Drei-Säulen-Prinzip der Altersvorsorge auf.

Bürgerliche Politiker, aber auch manche SP- und Gewerkschaftsvertreter, preisen die immer noch in der Vorberatung befindliche Zweite Säule der Altersvorsorge als weiteren grossen Schritt auf dem Wege zu einem grossen schweizerischen Sozialwerk. Fassen wir daher kurz zusammen, was es mit der vorgesehenen Regelung auf sich hat:

- Mit der Zweiten Säule werden jährlich sechs und mehr Milliarden Franken zwangsgespart. Nach einer Studie des Schweizerischen Bankvereins werden die Vermögen der Vorsorgeeinrichtungen fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes auf 97 Milliarden, bis zum Jahr 2001 gar auf 358 Milliarden Franken ansteigen. Ein grosser Teil der Alten, Hinterlassenen und Invaliden aber wird während dieser Zeit mit ungenügenden Renten abgespiesen.
- Profitieren von diesen riesigen Summen werden private Versicherungsgesellschaften und Banken sowie die Unternehmer, die billiges Geld für Investitionen und auch Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen bekommen.

Ruhe, sonniges Alter ...

- Die höheren Unkosten der vielen Pensionskassen und die inflationäre Entwertung der riesigen Sparsummen bedingen, dass die Zweite Säule auch auf die Dauer höhere Beiträge benötigt als die zentrale AHV.
- Weil bei der Zweiten Säule im Prinzip jeder für sich spart, werden die schlechtbezahlten Lohnabhängigen benachteiligt.
- Mit den betriebseigenen Pensionskassen werden die Arbeitnehmer stark an «ihren» Betrieb gebunden. Ihre Vertreter in den Pensionskassen-Gremien werden zudem zu unsolidarischem Verhalten (in Sachen Anlagepolitik z. B.) gezwungen.

Das Konzept der Zweiten Säule ist ein *legitimes* Kind der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Eine Alternative dazu bringt keinen Sozialismus. Sie bietet aber den Arbeitnehmern in einer kapitalistischen Wirtschaft mehr, denn die privatwirtschaftliche Zweite Säule, damit auch das ganze Drei-Säulen-System der Altersvorsorge, ist *notwendigerweise* teurer und nur für Arbeitgeber, Banken und Versicherungen günstiger als eine zentrale, vollausgebaute AHV/IV. Das sehen gerade rechtskonservative Kapitalvertreter als die grosse Gefahr (Landis & Gyr-Brunner u. a., s. «das konzept», Juni 77, S. 2), während Banken und Versicherungen darauf vertrauen, dass ihre Lobby in den eidgenössischen Räten sich auch dann wird durchsetzen können, wenn die Lohnabhängigen bemerken, dass sie im Grunde betrogen werden, dass sie unzweckmässig viel für unverhältnismässig wenig Altssicherung zahlen.

Resignation oder neuer Anlauf?

Die Situation scheint für die Arbeitnehmer ebenso schlecht wie aussichtslos. Denn schliesslich ist am 3. Dezember 1972 die PdA-Initiative «Für eine wirkliche Volkspension» verworfen und das Dreisäulensystem verankert worden. Die Niederlage fiel so massiv aus, dass viele Gegner der Zweiten Säule resigniert haben. Der Zürcher Ökonom Jost Steiger[1] hingegen plädiert für einen neuen Anlauf. Richtigerweise analysiert er die seinerzeitigen Ablehnungsgründe und skizziert als Konsequenz daraus, wie eine *neue Initiative, getragen von der gesamten Linken,* einschliesslich SP, aussehen müsste.

In der Tat stehen die «Zeichen der Zeit» so schlecht nicht: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, die seinerzeit von der überhastet produzierten PdA-Initiative überrollt worden war und die die PdA-Initiative mit ihrem eigenen Volksbegehren «bodigen» half, dann aber die eigene Initiative zurückzog und so zur heutigen Misere beitrug, besinnt sich: Am SPS-Parteitag in Montreux vom 30./31. Oktober letzten Jahres wurde auf Antrag von zwei Sektionen und der Juso-Schweiz beschlossen: «Die sich auf gesetzgeberischer Ebene abzeichnende Entwicklung in bezug auf eine sich auf zwei oder drei Säulen abstützenden Altersvorsorge erfüllt die hohen Erwartungen nicht, die in ein solches Sozialwerk gesetzt werden müssen. Der Parteitag zieht daher frühere Beschlüsse über System und Finanzierung der schweizerischen Altersvorsorge in Wiedererwägung. Er beauftragt den Parteivorstand, den ganzen Komplex der Altersvorsorge im Sinne alternative Vorschläge, die auch eine allfällige neue Volksinitiative enthalten können, nochmals zu bearbeiten. Die Berichterstattung erfolgt spätestens am nächsten Parteitag.» Dieser Auftrag ist deutlich und er wird immer deutlicher, je klarer wird, wie wenig die Bürgerlichen die Warnung verstehen wollen und wie sehr sie bestrebt sind, ihre Lösung zugunsten der Banken und Versicherungen durchzuboxen. Selbst als Druckmittel in der Debatte über die 9. AHV-Revision, in der «Konsolidierungs»-Diskussion, blieb dieser Wink mit dem Initiativen-«Pfahl» wirkungslos. Hier spätestens sollten auch rechte SP-Vertreter eingesehen haben, dass die Interessen der Arbeitnehmer – besonders in Rezessionszeiten, wo das Bürgertum seine eigene Krise von den Lohnabhängigen tragen lassen will – nur durch einen neuen Initiativ-Anlauf zu vertreten sind. Die SPS muss sich nun dabei behaften lassen, dass sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten das Dreisäulensystem in Frage stellt.

Entsprechendes gilt für die Gewerkschaften. Sie haben erkannt, dass die Arbeitgeberseite auf einen Abbau der staatlichen Sozialleistungen aus ist, was bedeutet, dass die Sozialanteile der Arbeitnehmer zu ihrer eigenen Sicherung ständig steigen sollen (AHV-Anteil z. B.). Die soziale Sicherung wird schliesslich nur – wenn es nach dem Kapital-Trend geht – über Lohnprozente gewährleistet, wobei der Arbeitgeberanteil nur noch ein versteckter Lohnabzug ist (AHV, Arbeitslosen-Versicherung). Die SGB-Gewerkschaftskorrespondenz bemerkte im Oktober 1976 dazu: «Wenn im Zeichen der Finanznöte des Bundes die Staatsaufgaben gedrosselt werden müssen, so darf dies nicht ausgerechnet die wirtschaftlich Schwächeren treffen. Die reiche Schweiz kann sich einen Sozialstaat leisten.»

SGB und SPS haben nach der Verwerfung der PdA-Initiative und nach dem Rückzug ihres eigenen Volksbegehrens lernen können, dass sich ihr taktisches Spiel nicht zur Verbesserung der Altersvorsorge ausgezahlt hat. Es könnte also sein, dass sie bereit sind, aus dieser ernüchternden Bilanz Konsequenzen zu ziehen.

Diese Konsequenz heisst: Vollausbau der AHV/IV, der bei gleichem finanziellen Aufwand wie die jetzige AHV/IV + Zweite Säule bessere Leistungen für die grosse Mehrheit der Lohnabhängigen bietet.

Grosse Vorteile ...

Die Vorteile sind erdrückend gross: Bei einer zentralen staatlichen Gesamtversicherung AHV/IV könnte auf das für die Versicherten teure und nur bei Zersplitterung in viele einzelne Pensionskassen notwendige Deckungskapital-Verfahren (DKV) mit seiner riesigen Kapitalanhäufung verzichtet werden. Die Banken und Versicherungen würden damit zwar ihres «Geschäfts des Jahrhunderts» verlustig gehen; die Rentner aber hätten für weniger Geld mehr Alterssicherheit. Denn es ist unbestritten, dass das bei einer zentralen vollausgebauten AHV/IV mögliche Ausgaben-Umlage-Verfahren (AUV)[2], wie es die heutige AHV/IV anwendet, einfacher und billiger ist: Die Beitragseinnahmen kommen laufend denen zugute, die sie benötigen; die Verwaltungskosten wären mit rund 2 Prozent wesentlich niedriger als diejenigen vieler einzelner Vorsorgeeinrichtungen; bei inflationsbedingten Lohnanpassungen würden die Beiträge automatisch mitwachsen und die Renten könnten Problemlos entsprechend angepasst werden: das Solidaritätsprinzip der AHV gegenüber dem reinen Beitragsleistungs-Prinzip der Zweiten Säule begünstigt, sozialpolitisch richtig, die wirtschaftlich Schwächeren; schliesslich stünde das zentral verwaltete angesammelte Kapital für gesellschaftlich nützliche Zwecke, nicht zur Gewinnmaximierung der Banken und Versicherungen, zur Verfügung.

Starke Gegner

Gerade weil diese Vorteile für die Angestellten und Arbeiter so gross sind, hat die Gegenseite so viel bei einem zentralen Vollausbau mit einer Altersvorsorge-Säule zu verlieren und wird daher alle ihre Mittel einsetzen, um eine neue Renten-Initiative zu «bodigen». Es kommt dabei darauf an, ob das Kapital breite Volksschichten ansprechen kann. Die «Volkspensions»-Abstimmung hat gezeigt, dass dies davon abhängt, wie sorgfältig eine Initiative formuliert ist. Ohne die Zustimmung breiter bürgerlicher Schichten ist gegen die Banken- und Versicherungs-Lobby nicht anzukommen. Berücksichtigen muss man auch die Widerstände gewerkschaftlicher Kreise, die ihre eigenen Pensionskassen und deren Leistungen durch eine einheitliche Altersvorsorge gefährdet sehen.

... dafür muss man sich wehren: heute

Abschreckend hat seinerzeit in weiten Kreisen die Vorstellung einer Einheitsrente gewirkt, die zwar voll auf Solidarität, aber überhaupt nicht auf Beitragsleistung aufgebaut wäre. Steiger bemerkt: «Man kann ja nicht mitten aus dem Kapitalismus über die Sozialpolitik in die ‹höhere Phase› des Sozialismus hineinspringen, in der jeder, ungeachtet der Leistung, nach seinen Bedürfnissen erhält.» Er folgert: «Die untersten Renten müssen eine sozial vertretbare Existenz sichern, nicht nur ein Dachstübli und Kaffee mit Möcken. Die mittleren Renten sollten bis nahe an das frühere Einkommen heranreichen und die höheren Renten bei 3000 Fr. mindestens 60%, bei 4000 Fr. noch mindestens 50% des früheren Brutto-Einkommens sichern.»

Schwierig festzusetzen ist auch die Minimalrente: ein Kleinbauer mit eigenem Hof etwa hat mit 800 Franken viel, wer aber in einer teuren Stadtwohnung lebt, hat mit dem gleichen Betrag recht wenig. Aus finanzpolitischen Gründen schlägt Steiger einen Minimalbetrag von 850 Franken vor. Bei einem Rentenfächer von 1:2½ wäre der Höchstbetrag einer Rente 2120 Franken, was 53 Prozent des Bruttoeinkommens von 4000 Franken entspricht. Sorgfältig zu bedenken sind auch die Beiträge von Bund und Kanton (Hier wäre allenfalls ein altes Bundesprojekt, die eidgenössische Erbschaftssteuer auf hohe Vermögen, zugunsten der AHV/IV wieder zu erwägen.), die Beiträge der Arbeitgeber, die Frage, in welchen Fällen Kapitaleinkommen herangezogen werden sollen, die Probleme der flexiblen Pensionierung, die Ehepaarrenten und die Nichtdiskriminierung von Ausländern.

Vorteil der Solidarität einsichtig machen

Wichtig ist vor allem, in welcher Weise die bestehenden Pensionskassen in der vollausgebauten AHV/IV aufgehen würden und dass die bisherigen Pensionskassen-Mitglieder ihre dort erworbenen Rechte nicht verlieren würden.

Die grundlegende Schwierigkeit dürfte darin bestehen, dass diejenigen, die schon länger Pensionskassenbeiträge gezahlt haben, nun auch denen Rentenerhöhungen zubilligen sollten, die ohne eigenes Verschulden dies nicht getan haben – etwa weil sie in rückständigen Branchen beschäftigt sind. Wenn diese psychologische Schranke überwunden werden kann – dies um so mehr, als ja die grosse Mehrheit von der billigeren zentralen, vollausgebauten AHV/IV profitieren wird (s. Tabelle) –, wenn also die Vorteile des Ein-Säulen-Prinzips erkannt sind und darüber auf diesem Gebiet Solidarität unter den Arbeitnehmern sich durchsetzt, hat die Propaganda der Grossfinanz keine Chance mehr, dafür aber die Vernunft-Lösung der vollausgebauten AHV/IV.

B. Dietrich

Ein-Säulen-Vernunft – in Zahlen

Monatseinkommen	Heutige AHV/IV (9,4% Beiträge)			AHV/IV + 2. Säule (Projekt Bundesrat)			«Vollausbau» AHV/IV / Alternativprojekt (18,5% Beiträge)					
	Beitrag	Renten Einzel	Renten Paar	Beitrag	Renten Einzel	Renten Paar	Beitrag 2)	Renten: AHV/IV + 80% 3) Einzel	Renten: AHV/IV + 80% 3) Paar	Renten: 600.– + 40% 4) Einzel	Renten: 600.– + 40% 4) Paar
500	47	500	750	47 1)	500	750	92,5 (37)	800	1200	800	1200
800	75	560	840	75 1)	560	840	148 (59)	1008	1512	920	1380
1000	94	600	900	94 1)	600	900	185 (66,5)	1080	1620	1000	1500
1500	141	700	1050	246	900	1250	278 (111)	1260	1890	1200	1800
2000	188	800	1200	398	1200	1600	370 (148)	1440	2160	1400	2100
2500	235	900	1350	550	1500	1950	462,5 (185)	1620	2430	1600	2400
3000	282	1000	1500	702	1800	2300	555 (222)	1800	2700	1800	2700
4000	376	1000	1500	796	1800	2300	740 (296)	1800	2700	2200	3300
5000	470	1000	1500	890	1800	2300	925 (370)	1800	2700	2600	3900

(nach: J. Steiger)

1) Untergrenze zweite Säule 1000 Fr.
2) Gesamtbetrag und in Klammern der Arbeitnehmeranteil (2/5).
3) Beiträge von 18,5% hätten (Stand der Tabelle: 1975) eine allgemeine Erhöhung der Renten um 80% ermöglicht.
4) Schematische Aufstellung nach einer abgewandelten einfachen Rentenskala mit der Formel «Monatsrente = 600 Fr. + 40% des Monatseinkommens» (Ehepaarrente wie bisher 150% der Einzelrente).

Die Aufstellung zeigt, dass das Alternativprojekt gerade bei den mittleren Einkommen weit überlegen ist. Bei den unteren Einkommen fällt der erhöhte Arbeitgeberanteil positiv ins Gewicht.

GE-PRESS-T

gesundheit

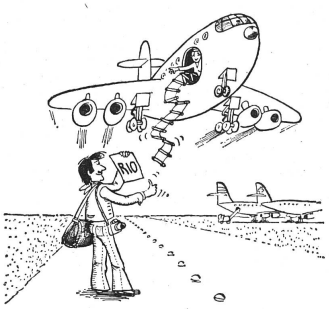
▶ Im Zusammenhang mit dem Bau der ersten Atombomben sind in den USA zwischen 1945 und 1947 an 18 Personen zwischen 4 und 50 Jahren Injektionen von radioaktivem Plutonium vorgenommen worden. Dies bestätigte die Energieforschungsbehörde ERDA. Die im Rahmen des Geheimprojekts «Manhattan» verabreichten Dosen reichten bis zum 145fachen der krebsauslösenden Dosis. Alle 18 Versuchspersonen galten damals als unheilbar krank. Drei leben jedoch noch heute.

▶ Andere Versuchskaninchen: Die Blutspender in der 3. Welt. Die multinationalen Chemiekonzerne betreiben einen ausbeuterischen Handel mit Blut, erklärt der argentinische Arzt und WHO-Experte Antonio Pesci Bourel. «Die Industriestaaten kaufen in den unterentwickelten Ländern den Rohstoff zu einem lächerlichen Preis und exportieren zu hohen Preisen die daraus abgeleiteten Produkte», kritisiert er.

[1] J. Steiger, Zweite Säule: Sozialwerk oder Geschäft, Vollausbau der AHV/IV als Alternative zur «Drei-Säulen-Konzeption», Limmat-Verlag, Zürich 1977, 11 Fr. Unser Artikel stützt sich wesentlich auf diese lesenswerte Neuerscheinung.

[2] Zur Erklärung der verschiedenen Finanzierungsverfahren DKV und AUV: s. «das konzept», Juni 77. Zu beziehen bei «das konzept», Rämistr. 66, 8006 Zürich, für 1.50 Fr. in Briefmarken.

Mittel- und Südamerika
im Jugend-Tarif.
Die «Sonnenroute» ist am günstigsten!



Fliegen Sie mit AIR BAHAMA im Linienflug von Luxemburg nach Nassau, der Drehscheibe des Luftverkehrs im karibischen Raum. Günstige Anschlussflüge in die Südstaaten der USA, nach Mittel- und Südamerika erwarten Sie. Auf der Sonnenroute erreichen Sie Ihr Ziel, auch inklusive Anschlussflug, zu einem sensationell niedrigen Preis.
Unsere Super DC-8 Jets fliegen mehrmals wöchentlich ab Luxemburg (bequem mit TEE-Zug zu erreichen) nach Nassau. Übrigens schon seit 10 Jahren.

Jugendtarif
- vom 12. bis zum vollendeten 25. Altersjahr
- Gültigkeit 1 Jahr, aber dennoch kein Mindestaufenthalt
- keine Wochenend-Zuschläge, Flugtermine frei nach Ihrer Wahl
- 30 kg Freigepäck, Kurzaufenthalt auf den Bahamas möglich (see more, pay less!)

Luxemburg – Nassau (retour)
Nassau ab Fr. 949.–

Verfliegen Sie also Ihr Geld nicht über dem Atlantik. Fliegen Sie mit AIR BAHAMA! Dann haben Sie es «drüben» noch.

Zürich 01/32 94 13
Basel 061/42 66 44
Genf 022/31 43 35

AIR BAHAMA

Coupon Ich möchte unverbindlich Unterlagen über Ihren Jugend-Tarif.
Voraussichtlicher Reisetermin: ____
Mein Reiseziel heisst: ____
Name: ____ Vorname: ____
Adresse: ____ PLZ, Ort: ____
AIR BAHAMA, Limmatquai 4, 8024 Zürich ● Hardstrasse 45, 4002 Basel

Fortsetzung von Seite 1

in bestimmten Fällen Bedingung ist, Schwangerschaftsabbruch nur mit gleichzeitiger Unterbindung. Das ist in jedem Fall Erpressung!»

Ein strengerer Wind weht bereits an der zweiten kantonalen Frauenklinik, in Winterthur. Als Chefarzt herrscht dort Prof. Erich Glatthaar, der als erzkonservativ gilt. «Der Chef verlangt, dass Frauen mit Interruptionswunsch, die über 30 sind und schon zwei Kinder haben, gleichzeitig auch sterilisiert werden.» So werden neue Assistenzärzte in Winterthur instruiert.

Von anderer Seite wird das als «Hauspolitik» Glatthaars bestätigt. Pikanterweise kennt man gleichgelagerte Fälle aus der Privatpraxis des selben Herrn Glatthaar, die dann offensichtlich nicht mit einer Unterbindung verquickt wurden. Möglicherweise gibt es da zwei verschiedene Ellen, eine private und eine öffentliche; der Unterschied in der Skala wäre dann auch ein finanzieller.

Wir stöberten Prof. Glatthaar am Gynäkologenkongress in Lugano auf und wollten ihn dazu Stellung nehmen lassen. Als er erfuhr, um welche Zeitung es sich handle, winkte er barsch ab: «Nein, dem ‹konzept› gebe ich kein Interview – danke.» Sprach's und hängte ab.

Aufruf an alle Frauen

die selber schon eine solche oder ähnliche Situation erlebt haben: Teilt uns Euer Erlebnis mit! Wir können mehr gegen solche Praktiken unternehmen, wenn wir mehr Kenntnis über konkrete Fälle haben. Wir möchten möglichst viele Erlebnisberichte – auch generell zur Behandlung bei Frauenärzten – für einen späteren Bericht verwerten, selbstverständlich unter absoluter Diskretion. Schreibt an

Annette Frei, c/o Leserzeitung, 8021 Zürich.

MULTI-PACK
(MEDIZYNISCH EMPFOHLEN!)

Dass die Erhältlichkeit einer Abtreibung letztlich nur ein finanzielles Problem ist, gibt auch Paul Morf zu. «Eine Frau, die abtreiben will, kann das heute in jedem Fall. Sie muss nur Geld haben. Es gibt in Zürich genug Ärzte, die davon leben. Und gut leben. Mit dem verdient mancher seine 1,5 Millionen im Jahr. Und da drückt natürlich auch keiner auf eine Ster. Aber eine Frau, die nicht so viel Geld hat, muss immer grosse Demütigungen auf sich nehmen. Das ist ungerecht; darum bin ich auch für die Fristenlösung.»

Abtreibung und Familienplanung trennen!

Es geht hier nicht um Kopf- oder Klinikjägerei. Ob nun da oder dort mehr oder weniger Druck angewendet wird, offen oder versteckt, ist letztlich unerheblich. Es geht um Grundsätzlicheres.

Peter Frei, praktizierender Arzt, der sowohl in der Abtreibungs- wie in der Sterilisationsfrage einen verständnisvollen Standpunkt einnimmt, drückt das so aus:

«Man darf nie die Notsituation und die Schuldgefühle einer abtreibungswilligen Frau dazu ausnützen, um daraus Kapital für eine Unterbindung zu schlagen. Der Entscheid über einen Eingriff von solcher Tragweite darf nicht in einer Drucksituation gefasst werden. Das ist Missbrauch. Eine unerwünschte Schwangerschaft ist in jedem Fall eine Drucksituation. Sogar ein Sterilisations-Wunsch, der während einer unerwünschten Schwangerschaft erstmals zustande kommt, darf nur selten ernst genommen werden, weil er nach meinem Erachten einem Sühnebedürfnis und nicht einem realen Bedürfnis entspringt. Die Frage muss nach dem Abbruch, ohne Druck, nochmals geklärt werden.»

Spendeaufruf «Lieber Herr Doktor»

Noch 40 000 Franken

unserer Filmkosten sind ungedeckt. Und das Eidgenössische Departement des Innern hat unser Filmförderungsgesuch noch nicht einmal beantwortet. Wir lassen uns aber nicht schubladisieren, sondern arbeiten mit unserm Film so viel und so oft wie möglich. Unterstützen Sie uns, indem Sie den Film für 100 Franken mieten oder

Spenden an:
Filmkollektiv Zürich AG
Schwangerschaftsabbruch
Postscheckkonto: 80-885

«Da habe ich unterzeichnet – und so ist das ganze Zeug passiert»

Eine Frau erzählt vor der Kamera, wie ihr eine Sterilisation aufgenötigt wurde. (Im Film «Lieber Herr Doktor»)

«Zwei-, drei- viermal war ich oben, also' mindestens viermal, und schwatzte mit diesem Psychiater und erzählte ihm meine ganze Situation. Ich erzählte ihm, dass ich Probleme hätte mit meinem Mann, finanzielle Probleme, Probleme mit meiner Tochter, dass ich das nicht noch einmal möchte, noch einmal ein Kind auf die Welt stellen, rein egoistisch. Einfach, dass ich noch einmal ein Kind habe. Also lieber darauf verzichten und abwarten, wie die Situation später wird. Der Psychiater sagte, er sehe das ein und finde das auch, und wenn solche Probleme da sind, sollte man es nicht machen. Er rief auch den Chef-Psychiater, welcher zweimal mit mir sprach. Das erste Mal machte er mir den Vorschlag, man könne sofort eine Unterbindung machen, also die Abtreibung und gerade eine Unterbindung. Ich sagte, ich habe mir das noch nie überlegt, das sei mir sehr neu, aber ich möchte es das nächste Mal sagen. Als ich das zweite Mal hinaufging sagte ich, für mich kommt das überhaupt nicht in Frage, ich hätte mir das richtig überlegt. Denn die Situation ist jetzt so, dass ich das Kind nicht haben möchte, und das sei stark überlegt von mir, und ich hätte alles erklärt, aus welchen Gründen ich das Kind nicht wolle, und ich wolle keine Sterilisation. Und er sagte, es sei in Ordnung, er hätte mir das nur so sagen wollen, weil diese Möglichkeit bestehe.

Und da musste ich ziemlich lange warten, ich glaube ca. 3 Wochen, bis ich Bescheid kriegte, ins Spital einzutreten. (...) Dann kam der Chefarzt, der kam einfach so auf mich los, hat mich untersucht und sagte: Ja also, so wie die Situation ist, kann man nicht einfach eine Abtreibung machen. Ich sagte, das ist doch schon besprochen. Er sagte, ja, aber Sie müssen sich sterilisieren lassen. Ich erwiderte, das will ich aber gar nicht, das hätte ich schon in der psychiatrischen Klinik gesagt, dass ich einfach jetzt das Kind nicht haben möchte. Da sagte er: Er könne es nicht verantworten, dass ich eventuell alle Jahre hierher kommen würde, und er müsste dann die Kinder abtreiben. Und er sagte: Ja, wenn Sie heute nicht fähig sind, ein Kind zu haben, dann werden Sie auch später nicht fähig sein, ein Kind zu haben. Da bin ich sehr erschrocken und widersprach und weinte und rannte in die Telefonkabine. Dort rief ich Freunden an und fragte sie, und erzählte ihnen die Geschichte. Sie sagten mir, es sei jetzt zu spät, um nach England oder nach Holland zu gehen, es sei einfach zu spät. Ich war schon im dritten Monat, ich glaube sogar, Ende dritter Monat. Da war ich noch trauriger, rief meinem Ehemann an und sagte es ihm. Und er sagte mir: Mach was du willst.

Dann ging ich zurück, war sehr traurig; wusste nicht, was machen. Es kam eine Krankenschwester zu mir, sie fragte mich, was mit mir los sei, und ich erzählte es ihr. Dann gab sie mir eine Beruhigungsspritze und sagte mir, ich könne noch bis morgen überlegen.

Am andern Tag, als sie kamen, habe ich mich während der Nacht etwas abgefunden, und ich war ja auch etwas ruhiger, wegen der Beruhigungsspritze. Und ich war schliesslich einverstanden und unterschrieb den Zettel, auf dem geschrieben stand: Ich, Frau Franziska Bucher, bestätige so und so, dass ich den Abbruch unterzeichne mit Sterilisation. Da habe ich unterzeichnet – und so ist das ganze Zeug passiert. Und der Arzt, welcher mich auf dem Wagen hineingestossen hat, mit dem habe ich noch etwas geredet, also ganz minim. Ich weiss, dass ich sagte, ich würde es so eine Schweinerei finden, was die machen mit mir. Und er sagte so halb ja, er finde das auch, aber ich müsse die Situation des Chefarztes auch einsehen. Und dann ist es einfach passiert. Und als ich aufwachte, hatte ich einen sehr grossen Hass auf den Chefarzt.

Ich war sehr traurig, und als ich aus dem Spital kam auch, und ich konnte dann zu meinen Freunden gehen, konnte mit ihnen sprechen, aber das Gefühl, dass ich jetzt keine Kinder mehr kriege, war schon in mir drin, und dann fing ich mit den Leuten an zu reden und sagte mir immer, ich will kein Kind mehr, es ist gut so, ich will kein Kind mehr. Ich schwatzte das immer in mich hinein, oder? Jetzt, glaube ich, auch noch.»

*

«das konzept» hat im Februar und März 1975 Berichte von Schweizer Frauen abgedruckt, die abgetrieben haben. Die Reportagen sind ergänzt mit praktischen Hinweisen über Empfängnisverhütung, wobei auch das Problem der Sterilisation mit Erfahrungsberichten dokumentiert wird. Da die Nummern vergriffen sind, wurde ein Sonderdruck angefertigt, der gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion erhältlich ist. (Sonderdruck «Abtreibungsreportagen»)

In der Märznummer 1977 wurde die Diskussion im Glarner Dorf Ennenda zum Thema Abtreibung abgedruckt, welche im Film «Lieber Herr Doktor» gezeigt wird. Ebenfalls gegen 1.50 Fr. erhältlich. «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Sie haben, im Verein mit dem Bundesrat, völlig recht, Frau *S. V.* in *A.* Die Besetzungsaktion der A-Werk-Gegner in Gösgen hat nichts mit der Verteidigung demokratischer Rechte zu tun. Im Zusammenhang mit Atom-Anlagen hat das Volk eben gar keine demokratischen Rechte, infolgedessen gibt es auch keine solchen zu verteidigen. Hingegen gilt es, den Rechtsstaat mit allen Mitteln, auch chemischen, zu verteidigen. Es entspricht gutschweizerischer Tradition, dass Argumente, die mit amtlicher Billigung in genügende Mengen Beton gegossen werden, automatisch zum schützenswerten Rechts-Gut gehören.

Im übrigen verweise ich Sie auf das Communiqué der *Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA)* in der NZZ vom 1. 7. 77.

*

Nein, liebe Frau *F. B.* in *B.*, die allererste Feministin war nicht jene Französin im vorigen Jahrhundert, die sich den Männernamen Georges Sand zugelegt hat, sondern die legendäre Jungfer Maria im Jahre Null um Christus. Sie ist im übrigen bis heute die einzige geblieben, die eine Kindeszeugung ganz ohne Mann zustande gebracht haben soll.

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

«Fraue-Zitig» Nr. 7

In der Nummer April–Juni 77 berichten die FBB-Frauen über ihre Informationsstellen «infra» und über Erfahrungen mit Verhütungsmitteln. Über das, was sie jeden Tag andern Frauen «raten», wollen die Zeitungsmacherinnen einmal selbst nachdenken, miteinander diskutieren, andern durch Schreiben wieder mitteilen. Die «Fraue-Zitig» Nr. 7 ist im Frauenbuchladen an der Stockerstrasse 37, 8002 Zürich, und in den meisten kritischen Buchhandlungen zu haben. Abonementsbestellungen (1 Jahr = vier Nummern für 12 Franken) an Angela Koller, Spitalgasse 8, 8001 Zürich.

Uri – Land ohne Zukunft?

Die «Auswanderung» von arbeitsuchenden jungen Urnern ist das Thema der Titelgeschichte in der 25. Nummer (Mai/Juni 77) der andern Urner Zeitung *«Alternative»*. Daneben berichtet das Urner Redaktionskollektiv über allgemein politische Themen wie Mehrwertsteuer und Proporzwahlsystem und nimmt das Urner Schul-, das Gesundheits- und das Medienwesen kritisch unter die Lupe. Die «Alternative», Postfach 201, 6460 Altdorf, erscheint alle zwei Monate und kostet 2 Franken pro Nummer.

Zur Plutonium-Ökonomie

In der Reihe «Politische Ökologie, Materialien zu Umwelt und Gesellschaft» des Association-Verlags hat Holger Strohm eine Broschüre über schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen herausgegeben. Strohm, der sich u. a. durch die Herausgabe von Lehrmitteln zum Thema Umweltschutz unter fortschrittlichen Ökologen und umweltbewussten Pädagogen einen Namen gemacht hat, versucht auch mit dieser Sammlung von Aufsätzen ein Problembewusstsein zu vermitteln, das jedes Fachidiotentum ausschliesst. Der Band enthält Schriften von George Wald, Max Thürkauf, Reinhard Breuer, David Rosenbaum ... Lesen Sie nach, wie rasch es mit dem schnellen Brüter einer «strahlenden Zukunft» entgegengeht.

«Segantini – ein verlorenes Paradies?»

Der Katalog zu der ursprünglich zensurierten Ausstellung ist erschienen! Und zwar als erste Nummer der neuen GKEW-Schriftenreihe «kulturarbeit».

Nachdem die Ausstellung von der Kulturstiftung Landis + Gyr zensuriert worden war, konnte sie im Herbst 1976 in der Roten Fabrik in Zürich gezeigt werden und wandert nun durch die Schweiz. Der Katalog enthält die gesamte Ausstellung; alle Texte und alle Bilder: Segantini wird auf neue Art interpretiert – der Künstler des vorigen Jahrhunderts wird in Zusammenhang gebracht mit Problemen, die über den Bereich der Kunst hinausreichen.

In einem Pressespiegel wird die brisante Vorgeschichte der Ausstellung dokumentiert und die öffentliche Auseinandersetzung in der Schweizer Presse wiedergegeben.

«Segantini – ein verlorenes Paradies?», von Irma Noseda und Bernhard Wiebel, Vorwort von Fritz Billeter. Band 1 der Schriftenreihe «Kulturarbeit» der Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft, Zürich. 1977, 104 Seiten, 150 Abbildungen, 14 Fr. ISBN 3-7 183-0001-X

BESTELLTALON

Ich bestelle ___ Exemplare «Segantini – ein verlorenes Paradies?» zum Preis von 14 Fr. + Versandkosten

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Einsenden an GKEW, Postfach 725, 8022 Zürich

D Fuscht im Sagg (E. B.)

Refr. Nai, so gwinnsch nie gäge di Gägner,
di Läbe hingäge-n-isch noch sim Gschmagg.
Während er haimlig ins Füschtli lacht,
machsch du d Fuscht im Sagg.

(...) Du hesch dr Easy Rider gseh,
sammt Woodstock und Zabrizke Point,
und ab und zue nimmsch LSD
und mit Kollege rauchsch di Joint.

(...) Ernährsch di vo däm Schysssyschtem
wo sich Lyt wie di ernährt.
Und wär sich wehrt, dä findsch extrem,
dä isch dir nu e Lächle wärt.

die guete stunge (M. H.)

(...) was zeut, das sy die guete stunge
wo mir üs wehre für ne wäut, wo's no nid git
wo mir nid ufgäh, bis der wäg isch gfunge
zu üser wäut, zu üser zyt

«Wehre für ne Wäut, wo's no nid git»

In der Juni-Nummer des «konzept» ist ein ausgesprochen zukunftspessimistischer Druckfehlerteufel subversiv tätig gewesen: Ernst Born und Martin Heiniger besingen in ihren neuen LPs – «Äntlig e Lied» bzw. «es schysst mir a» – eine Welt, die es noch nicht gibt und für die man folglich kämpfen muss. Unser Satznihilist machte aus dieser noch nicht wirklichen Welt schlichtwegs eine nicht existierende – und damit alle lächerlich, die sich auf irgendeine Art dafür einsetzen. Also, wir müssen uns weiterhin «wehre für ne Wäut, wo's no nid git»!

echo

Die Vermarktung wohlklingender Gesellschaftskritik

Biermann-Interview, «konzept» Nr. 6/77

Es scheint unverständlich und wurde Wolf Biermann auch schon immer angekreidet, dass ausgerechnet seine Platten vom Medienkonzern CBS produziert werden. Die Erklärung ist einfach: Gesellschaftskritische Liedermacherei lässt sich recht gut vermarkten. Die «Gunst der Stunde» nutzend, brachte CBS kurz nach Biermanns Ausweisung aus der DDR auch das Doppelalbum «Das geht sein' sozialistischen Gang» (CBS 88 224) mit einem Live-Mitschnitt des Kölner Konzerts vom 19. November 1976 auf den Markt. Die Frage ist nur, ob das Interesse an politischen Schallplatten einem ebenso grossen Interesse an den tatsächlichen politischen Problemen entspricht. Man mag einwenden, es sei doch nicht verwerflich, anspruchsvolle Produktionen unter die Leute zu bringen, denn unter die Leute müsse man seine Ideen ja bringen, wenn man etwas verändern wolle, und überhaupt bestehe die Taktik linker Liedermacher doch gerade darin, das bestehende kapitalistische Produktions- und Konsumtionssystem mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Aber diese Rechnung geht nicht auf. Wenn nämlich einige Firmen politische Aufnahmen in ihr Sortiment aufnehmen, so vor allem deshalb, um mit diesen eine ganz bestimmte Käuferschicht anzusprechen, eine Käuferschicht, die sonst wohl kaum Platten aus dem «regulären» Angebot kaufen würde. So zahlen für diese Platten dann eben genau diejenigen, welche sich sonst gegen jede Ausbeutung zur Wehr setzen, und auf der anderen Seite kassieren nicht zuletzt jene, die gegen jeden Profit polemisieren.

Aber nicht nur Wolf Biermann hat sich in ein Netz von Widersprüchen verstrickt. Auch der «Linksanwalt» Franz Josef Degenhardt, dessen letzte Platte «Wildledermantelmann» (Polydor 2371 728) im Frühling dieses Jahres herausgekommen ist, scheint mit den bestehenden Verhältnissen, die er in seinen Liedern so gerne kritisiert, recht zufrieden zu sein. Seine Platte ist zwar lobenswert sorgfältig ausgearbeitet, dafür scheint sich Degenhardt bei seinen Auftritten mehr oder weniger damit zu begnügen, schon durch seine Präsenz den Plattenabsatz – das Album wird natürlich während der Pausen verkauft – günstig zu beeinflussen. In diesem Punkt muss man es Wolf Biermann hoch anrechnen, dass er sich wenigstens während seiner Konzerte vorbehaltlos für seine Sache einsetzt.

Wie gut sich seit einiger Zeit aber auch unverbindlich weltverbesserwisserische Phraseleien verkaufen lassen, beweist Udo Lindenberg. Denn auch er bemüht sich seit seiner Platte «Sister King Kong» (Telefunken 6.22609) krampfhaft, gesellschaftskritisch zu sein. Mögen seine diesbezüglichen Beteuerungen noch so ehrlich gemeint sein, sein hampelhaftes Gehabe wirkt höchstens komisch.

Ist das alles Ausdruck eines politischen Pluralismus? – Es ist wohl eher die Folge eines ökonomischen «divide et impera». Jede Produktion ist nur auf ein ganz genau umrissenes Zielpublikum angesetzt: Man untersuche nur einmal die signalhaft selektionierende Aufmachung der verschiedenen Plattenhüllen! Dadurch wird jede Breitenwirkung schon von vornherein ausgeschlossen. Unverständlich bleibt nur die Selbstverständlichkeit, mit der Udo Lindenberg, vor allem aber Franz Josef Degenhardt und Wolf Biermann alle diese Widersprüche akzeptieren, ohne dadurch an Glaubwürdigkeit verlieren zu wollen ...

eg

vdf verlag der fachvereine an den schweizerischen hochschulen u. techniken

NEUERSCHEINUNGEN.

Urphänomene der Architektur
ORTE WEGE BEGRENZUNGEN FELDER

Herausgegeben von Prof.F.Oswald

4 Bde cplt, Fr.52.--
Genossenschafter Fr.27.--

Berichte des Instituts für Hochbautechnik an der ETH Zürich

Berichte 1,2,3,4 und 5 sind bereits erschienen. Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt.

BHAKTAPUR: Mittelalterliche Stadt in Nepal
von A.Künzle und G.Scheibler

Fr.32.--
Genossenschafter Fr.23.--

Evaluierungsforschung und -praxis in der Entwicklungshilfe

Herausgegeben von Prof.Dr.D.Kantowsky

Herbst 1977 ca.Fr.22.--

Genossenschafter sind Studenten der ETH, Uni Basel, Bern, Zürich sowie der Techniken Brugg-Windisch, Burgdorf, Luzern, Muttenz und Winterthur.

ETH-ZENTRUM (HG F18.1) 8092 ZÜRICH 47 99 85

Das Nord-Süd-Gefälle im Informationswesen

Spiel ohne Grenzen für die Kommunikationskolonien

Die Entkolonialisierungsprozesse in diesem Jahrhundert verlaufen notwendigerweise zäh. Die politische Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien löst nicht deren wirtschaftliche Verflechtungen mit den an ihnen reich gewordenen «entwickelten» Ländern. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist das Nord-Süd-Gefälle trotz Konferenzen und Gesprächen an runden Tischen verheerend. Mit der Ware «Nachricht» verhält es sich nicht anders. Auch da nutzen die industrialisierten Länder ihren relativ hohen Bildungsstandard, die technische und wirtschaftliche Potenz dazu, in ihrer Sprache und mit ihren eigenen Normen und Werten, mit ihrem Kultursystem, mit ihrem Lebensstil – nicht zuletzt in ihrem wirtschaftlichen und politischen Interesse – die Nationen der dritten Welt zu beliefern: mit ganzen Fernsehprogrammen, die von den Entwicklungsländern des günstigen Einkaufspreises wegen tel quel übernommen werden, mit Nachrichten (von den Riesenagenturen) aus aller Welt – aber kaum mit Information aus ihrem eigenen Dorf, ihrem oder einem benachbarten Land. Diese Informationsstruktur mündet nicht nur in eine Einbahnstrasse, wie Journalisten aus aller Welt auch dieses Jahr an einer Informationskonferenz in Florenz sich zugestanden, sie ist eine Sackgasse für alle Beteiligten.

Liselotte Suter

«Von über 99 Prozent allen Geschehens erfährt der Zeitungsleser nichts, weil es nicht zur Kenntnis der Presse gelangt. Über 99 Prozent aller Nachrichten, die der Presse bekannt werden, gelangen nie vor die Augen des Lesers. Über 99 Prozent aller Menschen erfahren auch von den tatsächlich gedruckten Nachrichten nichts, denn niemand liest alle oder auch nur den grösseren Teil der Zeitungen.» Diese pointierte Formulierung eines Medienwissenschafters mag die anderen Medienwissenschafter, und auch Medienpraktiker, dazu bringen, die durch Medien vermittelte «zweite» Wirklichkeit etwas zu relativieren. Längst nicht alles Wichtige, was auf der Welt passiert, wird in der Berichterstattung der Medien bearbeitet, und der kleinste Teil der Menschheit hat Zugang zu diesen Informationen. Aber auch das eine, das zehntel oder hundertstel Prozent, das im letzten Nachrichtenfilter hängenbleibt, bedeutet Macht, technische, wirtschaftliche, politische Macht auf nationaler und internationaler Ebene.

100:1 für den Westen

Und diese Macht ist ungleich verteilt. Wie sie zu nutzen ist, entscheiden immer mehr die Länder, die am besten ausgerüstet sind, um die Nachrichten zu machen, zu klassieren und weiterzugeben. Allgemein sind es die westlichen Medien – Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film, Verlagswesen usw. –, welche die Welt der Nachrichten und ihrer Verbreitung beherrschen. Eine erdrückende Fülle von Informationen konzentriert sich auf die am höchsten entwickelten Länder. Die Mehrheit der Entwicklungsländer verfügt nicht über ein eigenes Kommunikationssystem, hat zuwenig Technik, zuwenig Fachleute und spielt so im internationalen Nachrichtenverkehr eine unbedeutende «aktive» Rolle. Die dritte Welt, wo ein Grossteil der Weltbevölkerung lebt, erhält aus dem Westen etwa einhundertmal mehr Nachrichten, als sie ihm liefert. Die dritte Welt wird also sozusagen in die Rolle des stummen Verbrauchers gedrängt. Informationskolonialistische Zustände.

Mit jedem neuen Fortschritt, mit Satellitenübertragungen beispielsweise, wird diese Abhängigkeit deutlicher: *«Ob die Entwicklungsländer von den Satelliten Gebrauch machen können, hängt vom Willen derer ab, die diese fortschrittliche Technologie besitzen . . ., mit deren Hilfe sie auf das wirtschaftliche und soziale Leben der Entwicklungsländer entscheidenden Einfluss nehmen»*, wurde an der Tagung der Blockfreien über das Nachrichtenwesen 1976 in Tunis festgehalten.

Dass es sich gerade beim Fall der Satellitennutzung nicht um ein rein technisches, sondern um ein politisches Problem handelt, scheint auch bei Technikoptimisten langsam zu dämmern; allerdings zerstreuen viele ihre Bedenken noch durch die Hoffnung auf die Verantwortung der Satellitenbesitzer – zum Beispiel auf die USA, die als erste die Nachrichtensatelliten entwickelt hatten – oder auf Grundsätze und Übereinkommen über eine internationale Sende- und Empfangsfreiheit. *«Andernfalls würde der von den Industriestaaten ausgehende Strom von Nachrichten weiterhin die Entwicklungsländer überfluten, und die Entwicklung jener bewunderungswürdigen Übertragungsmechanismen könnte dann nur ein weiteres Mal die Spaltung unseres kleingewordenen Planeten aufzeigen und den Graben zwischen Reich und Arm vertiefen»*, meint William G. Harley in seinem Aufsatz «Ein amerikanischer Gesichtspunkt».*

Verbreitung von Nachrichten . . .

Aber was soll ein Plädoyer für eine Informationsfreiheit mit so ungleichen Chancen? Zwar wurden nach dem 2. Weltkrieg in vielen Entwicklungsländern nationale Agenturen gegründet. 1966 zählte man in 82 Ländern bereits 160 Agenturen, 1950 waren es nur 96 Agenturen in 54 Ländern. Aber die internationale Szene wird nach wie vor von fünf Riesenagenturen aus vier der am stärksten industrialisierten Nationen der Welt beherrscht.

Die Wirkung dieser Dominanz kann an einem einzigen Beispiel verdeutlicht werden: Am 25. November 1975 wurde Surinam, vormals Holländisch-Guyana, unabhängig. Vom 24. bis 27. November widmeten 16 führende Tageszeitungen in 13 lateinamerikanischen Ländern diesem Ereignis nur 3 Prozent ihres Auslandteils, und diese 3 Prozent stammten ausschliesslich von den internationalen Nachrichtenagenturen der Industriestaaten. Dies, obschon Surinam der drittgrösste Bauxitlieferant der Welt ist und seine Fläche grösser als zum Beispiel England. Im gleichen Zeitraum betrafen 70 Prozent der Auslandnachrichten dieser Zeitungen die Industrieländer, und wieder stammten vier Fünftel davon aus den Fernschreibern der gleichen internationalen Nachrichtenagenturen.

. . . ist auch Verbreitung von Kultur, Sprache

In diesem Informationsfluss vom (industrialisierten) Zentrum zu den «Randgebieten» der Massenkommunikation werden nicht nur Nachrichten verbreitet bzw. unterdrückt, sondern ganze kulturelle Massstäbe, sogar Sprachen: Sprachen in bereits herrschender Stellung werden zu Verkehrssprachen. So ist das Englische heute die Hauptsprache im internationalen Rundfunkverkehr, nicht so sehr, weil so viele diese Sprache beherrschen, sondern weil Grossbritannien, die Vereinigten Staaten und Australien schon in der Vergangenheit den Äther beherrschten. Sendungen in den National- und erst recht in den Stammes- und Gruppensprachen wären zu teuer, das technische Personal, das sie ausführen könnte, fehlt.

Weltmarkt der TV-Programme

Vor zwei Jahrzehnten, beim Aufkommen des Fernsehens, glaubte man noch daran, die Sprachschwierigkeiten durch Bildübertragung überbrücken zu können. Man übersah dabei, dass bei den audiovisuellen Medien der Zusammenstoss der verschiedenen Wahrnehmungs- und Erlebnisweisen noch heftiger war. Zwar kann die Bildsprache des Fernsehens schnell so weit gelernt werden, dass die Sendungen attraktiv scheinen: Es ist eine neue sehr unmittelbar wirkende Welt, die gerade mit dem filmischen Medium in die «andere» Kultur einbricht, und zwar oft total: Bis zu 100 Prozent übernehmen die Entwicklungsländer die Programme der «reichen Länder».

Der Anteil der vom Ausland importierten Fernsehsendungen an der nationalen Gesamtprogrammgestaltung ist für die armen Länder eine Geldfrage. Es ist, besonders für ein kleines Land, billiger, seine Sendezeiten mit anderswo gekauften Programmen aufzufüllen. Ein mit einem Kostenaufwand von 100 000 Dollar produziertes Programm kann beispielsweise von einem kleinen Land für 500 Dollar erworben werden, da der Preis nach der Zahl der im Importland vorhandenen Fernsehapparate festgesetzt wird.

Fernsehprogramm «made in»

Sehr stark auf die Belieferung mit ausländischen Sendeprogrammen angewiesen sind folgende Länder: Saudi-Arabien (Sender von Aramco: 100 Prozent; Sender von Rijad: 31 Prozent); Guatemala: 84 Prozent; Singapur: 78 Prozent; Neuseeland: 75 Prozent; Malaysia: 71 Prozent; Island: 67 Prozent; Sambia: 64 Prozent; Nigeria: 63 Prozent; Uruguay: 62 Prozent; Australien und Jemen: 57 Prozent; Kuwait, Chile und Israel: 55 Prozent; Irland: 54 Prozent; Irak: 52 Prozent; Dominikanische Republik: 50 Prozent; Kanada RC: 46 Prozent; Bulgarien: 45 Prozent; Ägypten: 41 Prozent; Ungarn und Finnland: 40 Prozent; Mexiko (Telesistema) und Norwegen: 39 Prozent; Pakistan und Portugal: 35 Prozent; Kolumbien: 34 Prozent.

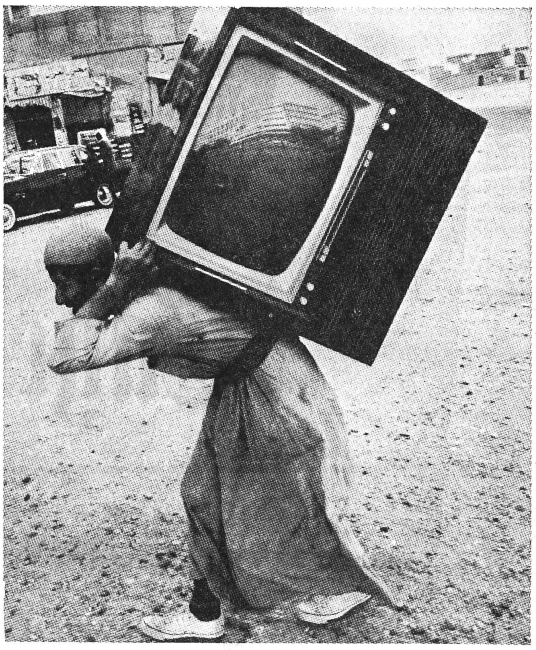
Allein die USA verkaufen pro Jahr zwischen 100 000 und 200 000 Programmstunden an ausländische Fernsehsender. Der zweitgrösste Programmlieferant ist Grossbritannien mit zwischen 20 000 und 30 000 Programmstunden pro Jahr, gefolgt von Frankreich mit 15 000 bis 20 000 und der BRD mit 5000 bis 6000.

Der ungeheure Einfluss dieser Programme und ihrer Produktionsnormen wurde noch dadurch verstärkt, dass die Entwicklungsländer für den Aufbau einer Filmindustrie oder zum Ausbau der Technik, die für ein Fernsehnetz erforderlich ist, auf die Industriestaaten angewiesen sind. Diese Abhängigkeit verzögert die Entwicklung eigener Medienprogramme in den Entwicklungsländern auf alle Arten. Es sind beispielsweise die internationalen Produktionsstandards, denen die noch jungen Medien genügen wollen. Dass die immens kostenintensiven Showproduktionen der westlichen Unterhaltungssendungen oft auch für einige hundert Dollar noch zu teuer erkauft sind, weil sie an den Bedürfnissen des eigenen Landes vorbeigehen, wird offenbar selten vertreten. Macht man im alten Stil weiter, indem man Luxusgüter – diesmal auch für die Massen – importiert?

Verstärkung des Nachrichtennetzes

Ein Ziel für die Entwicklungsländer ist bestimmt, sich selber, sich untereinander und zusammen stark zu machen, um bestehen zu können im internationalen Nachrichtenwesen. Um mitsprechen zu können, um Verzerrungen zu beheben in der internationalen Berichterstattung über ihre Länder. Eine Reihe von lockeren Zusammenschlüssen hat bereits stattgefunden: in den englischsprachigen karibischen Gebieten gibt es die selbständige Nachrichtenagentur CANA, im spanischsprachigen Mittelamerika gibt es eine allerdings unter dem Patronat der spanischen Nachrichtenagentur stehende Institution, und in Europa fungiert seit zwei Jahren die jugoslawische Agentur Tanjug als Sammel- und Verteilstelle der im «Pool» der Blockfreien angeschlossenen Länder.

Obwohl diese im Aufbau begriffenen Kommunikationssysteme bereits eine solche Funktionsfähigkeit erreicht haben, dass Fidel Castro – wie die «NZZ» mit verhaltener Empörung über diesen Angriff auf die weltweite Informationsfreiheit bemerkte – an einer Pressekonferenz in Afrika sämtliche westlichen Korrespondenten ausschliessen konnte, genügt dieser Wettstreit im Agenturjournalismus für die Entwicklungsländer (wie übrigens auch für die «Entwickelten») kaum. Die Peripherie im eigenen Land wird dadurch nicht erreicht, nicht informiert, nicht gebildet.



Die Welt der Massenmedien wird immer «grösser» . . .

Alphabetisierung durch die Landpresse

Ein erfolgreiches Beispiel, wie die Leute im eigenen Land durch Medien im Sinne Freires eigentlich alphabetisiert werden können, sind die Landzeitungen Afrikas. Obwohl dort die Landbevölkerung 80 Prozent ausmacht und obwohl gegen 800 verschiedene Sprachen gesprochen werden, haben sich die Zeitungen, insbesondere die Landzeitungen, seit 1972 in ganz Afrika verbreitet. Da die Mehrheit der Zeitungen in den Sprachen der Gegend erscheint, ist eine Verbindung mit der sonst recht abgesonderten Bevölkerung möglich.

In Niger machen seit 1964 verschiedene Landzeitungen ihre ersten Erfahrungen. Sie erweisen sich als ein sehr wirksames Mittel zur Alphabetisierung; ihre Nachrichten werden sehr gründlich verbreitet, und die Reaktion der Leser ist gross: Auf fünf verteilte Zeitungen erhält die Redaktion einen Leserbrief zurück. Da vielleicht kann man von Kommunikation, vom Austausch und nicht einfach von Distribution der Information sprechen. *«Während andere Länder auf dem Mond landen wollen, versuchen wir, bis zu unseren Dörfern zu gelangen»*, sagt der Präsident der Republik Tansania. Auch in den entwickelten Ländern ist die Euphorie der ersten Mondlandungen abgeklungen.

Liselotte Suter

* Dieser Aufsatz ist der Aprilnummer des «Unesco-Kuriers» entnommen, der die weltweite Debatte über Information wiedergibt. Der vorliegende Artikel baut auf den im «Unesco-Kurier» enthaltenen Informationen über die internationale Massenkommunikation auf.

«Kassensturz» und Krisenangst

«...nicht vor der Kamera»

Wie mancher Beitrag aus der Arbeitswelt nicht zustande kam, schildert Peter M. Wettler, Redaktor im TV-«Kassensturz»-Team. Sein Bericht ist Bestandteil einer zweiseitigen kulturpolitischen Monatsbeilage «Schauplatz Schweiz», die von nun an regelmässig in neun sozialdemokratischen Zeitungen und einer Gewerkschaftszeitung erscheinen wird.

Mitunter erreichen uns eher unangenehme Mitteilungen. *«Mein Name tut nichts zur Sache»*, heisst es zunächst. Und weiter: *«Bei uns im Betrieb herrscht zurzeit eine gewaltige Sauerei. Sie müssen unbedingt einen ‹Kassensturz› darüber machen.»*

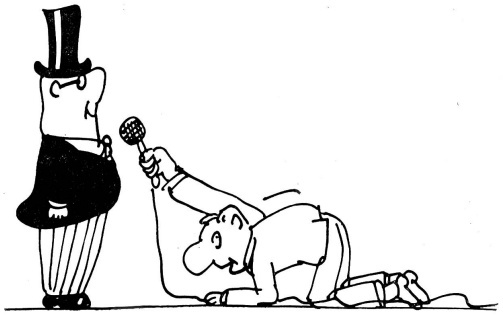
«Gewaltige Sauereien»

Die «gewaltigen Sauereien» entpuppen sich in der Folge als Einschüchterungs- und Druckversuche, als Forderungen nach Mehrleistung, als Verweigerung der Ausbezahlung von 13. Monatslöhnen, Gratifikationen oder Abgangsentschädigungen sowie als Ankündigungen von Entlassungen oder Kurzarbeit. Zeit-Zeichen der Rezession also, Arbeitnehmer geraten zwischen Hammer und Amboss. Sie möchten sich dagegen wehren, wenigstens die erlittene Ungerechtigkeit anprangern. Aber: «Mein Name tut nichts zur Sache.» Im derzeitigen Klima von Unsicherheit und Angst will keiner etwas gesagt haben.

Im vergangenen Jahr hat die Kassensturz-Redaktion wenigstens ein Dutzend Fälle aus dem Bereich der Arbeitswelt recherchiert – aber Filme konnten nicht gemacht werden. Beileibe nicht etwa wegen Zensurmassnahmen. Sondern in weitaus den meisten Fällen, weil die betroffenen Arbeiter – aus begreiflichen Gründen – vor der Kamera nichts aussagen wollten. Fernsehen lebt aber vom Bild und von der Unmittelbarkeit. Wenn wir die Rechte der Arbeitnehmer etwa im Fall von Entlassungen zeigen wollen, brauchen wir dafür das konkrete Beispiel: Die Aussage der Betroffenen. Mit allgemein theoretischen Abhandlungen ist da nichts zu machen.

Journalisten kritisierten nicht zu Unrecht, dass der Bereich «Arbeit» im Kassensturz ein eher kümmerliches Dasein friste. Obwohl doch die Arbeitswelt uns alle entscheidend prägt, menschlich und politisch. Fragen zu Arbeitsweise und Arbeitszeit, zu Lohnkürzungen und Entlassungen, zu Automatisierung und neuen Führungsformen, zu Hierarchie- und Machtverhältnissen interessieren die Kassensturz-Redaktion daher brennend. Wir möchten zeigen, wie es in diesen und jenen Fällen um die Rechtslage bestellt ist und dass es auch Unternehmen gibt, die ohne unwürdige Plackerei und Plagerei wirtschaftlich und menschlich Erfolg haben.

Wir recherchierten – auf Anregung aus dem Zuschauerkreis – mittlerweile schon in allen Branchen. Und machten ernüchternde Erfahrungen. Ein Unternehmer aus dem Holzhandel zum Beispiel, der Mitarbeiter ohne Abgangsentschädigungen entliess, beschied kurz und knapp: *«Natürlich ist das nicht ganz in Ordnung. Aber bis vor ein, zwei Jahren sassen die Arbeitnehmer am längern Hebelarm, jetzt sind eben wir wieder dran.»* Und er ergänzte: *«Jetzt müssen Sie nur noch einen meiner ehemaligen Mitarbeiter finden, der Ihnen das bestätigt.»* Es fand sich keiner. Ein anderer Unternehmer, diesmal aus der Baubranche, versammelte die Belegschaft und verkündete: *«Wenn der ‹Kassensturz› einen Film über uns dreht, verkaufe ich das Geschäft.»* Klar, dass uns die Belegschaft beschwor, das Projekt fallen zu lassen. *«Lieber Lohneinbussen in Kauf nehmen als stempeln»*, lautete das Hauptargument.



Ein Drucker wurde nach 30 Jahren treuen Diensten auf die Strasse gestellt. Er hatte sich – nachweislich – eine Berufskrankheit zugezogen und war deshalb nicht mehr voll arbeitsfähig. Begreiflich, dass ihm ein Weltbild zusammenbrach und dass er sich beim «Prinzipal» rächen wollte. Allein, er fand einen Monat später eine Stelle als Vertreter. Sein neuer Arbeitgeber drohte mit der fristlosen Entlassung, falls er im Kassensturz über seine frühere Stelle auspakken würde. Verständlich, dass er verzichtete.

Schweigen aus Angst

Ein chemischer Betrieb entliess ein halbes Dutzend Mitarbeiter. Auf Anfrage erklärte der Direktor: *«Wir haben nur Querulanten entlassen.»* Auf die Frage, wie sich dieses Querulantentum ausgedrückt habe, kam die Antwort postwendend: *«Die Entlassenen haben wegen Überstunden reklamiert oder waren linke Brüder.»* Auf Vorhaltungen unsererseits, das seien doch keine Kündigungsgründe, wurde er unwillig und drohte, weitere Mitarbeiter zu entlassen, falls wir einen Film drehen würden. Und seinem Personal liess er mitteilen, dass er jeden als Querulanten betrachten müsse, der sich mit dem Kassensturz einlasse.

In den übrigen Fällen scheiterten die Filmbeiträge, bevor die Direktion überhaupt von uns Wind bekam. Eben aus Furcht der Betroffenen, die Stelle zu verlieren, falls sie die angeordneten Massnahmen kritisierten. Auch von den Gewerkschafts-Sekretären war in solchen Fällen kaum Hilfe zu erwarten: *«Ein Film über das Unternehmen würde die Lage noch mehr verschlechtern»*, hiess es etwa, *«es würden also noch mehr Leute entlassen.»*

Gewiss, der Unternehmer besitzt die Verfügungsgewalt über sein Eigentum und – über die Arbeitskräfte. Das ist die mitunter bittere Realität. Wo diese Verfügungsgewalt jedoch in Willkür und Schikane ausmündet, müsste die Öffentlichkeit darüber informiert werden können. Auswüchse gilt es zu bekämpfen, bevor sie Schule machen und zur Gewohnheit werden. Der Arbeitnehmer hat ein Recht, als Mensch und nicht als Ware behandelt zu werden.

Peter M. Wettler

DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

Er verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

Er macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfs.

Er öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

Er sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

Er verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

Er verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

Er bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

Er kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 72.80. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

☐ Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

☐ *monatlich Fr. 6.45*
☐ *vierteljährlich Fr. 18.55*
☐ *halbjährlich Fr. 36.75*
☐ *jährlich Fr. 72.80*

Name: _____

_____

Strasse: _____

_____

PLZ, Ort: _____

_____

Fakultät: _____

Semester: _____

7410

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich

WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.